Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 220. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Sonnabend, den 11. Mai 1878.**

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

45. Sitzung vom 10. Mai.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Hofmann, Hobrecht und zahlreiche Commissarien.

Der Abg. Krieger (Weimar), bisher Kreisgerichtsrath, ist zum Appellationsgerichtsrath in Meiningen ernannt worden; da er sein Mandat als nicht erloschen betrachtet, so geht sein desfallsiges Schreiben an die Geschäftsordnungs-Commission.

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend statistische Erhebungen über die Tabaksfabrikation und den Tabakhandel und die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für 1878 und 79 wird vom Präsidenten des Reichskanzleramtes Hofmann eingeleitet: Nach alle dem, was über die Stellung der Parteien dieses Hauses zu dem vorliegenden Gesetzentwurf laut geworden, läßt sich erwarten, daß derselbe auf lebhaften Widerspruch stoßen wird. Die Bedenken richten sich aber zum großen Theil nicht gegen den Inhalt der Vorlage selbst, sondern vielmehr gegen die Bedeutung und Tragweite, die man ihr, veranlaßt durch frühere Verhandlungen, beimißt. Bei der Vorlage wegen höherer Besteuerung des Tabaks gingen die Regierungen davon aus, daß es Aufgabe der Finanzpolitik des Reiches sei, die eigenen Einnahmen desselben zu erhöhen, nicht blos, um die Matricularbeiträge zu beseitigen, sondern auch, um eine Steuerreform, welche auch die Steuersysteme der Einzelstaaten umfaßt, anzubahnen. Die Regierungen erblicken einen Mangel der jetzigen Besteuerung in Deutschland darin, daß ein zu großer Theil der Bedürfnisse des Staates durch directe Steuern gedeckt wird. Daß wir in der Entwickelung der indirecten Steuern hinter anderen Nationen zurückgeblieben, erklärt sich aus der früheren Zerrissenheit Deutschlands: indirecte Steuern sind nur in einem großen, einheitlichen wirthschaftlichen Verkehrsgebiete entwickelungsfähig.

Ein solches Gebiet bestand bei uns im Zollverein, der aber, da ihm das Ausgabebudget fehlte, nicht das Bedürfniß hatte, seine Einnahmen zu decken. Der frühere deutsche Bund besaß kein eigenes Steuerrecht und deckte seine geringen Ausgaben durch Matricularumlagen, und so blieb den Einzelstaaten nichts übrig, als sich wesentlich auf die directen Steuern zu stützen. — So ist es gekommen, daß die directen Steuern in Deutschland einen größeren Beitrag zur Gesammtlast beitragen als in anderen größeren Staaten. Nun ist bereits bei der Berathung der Tabakssteuervorlage hier im Hause anerkannt worden, daß eine weitere Vermehrung der directen Steuern nicht ins Auge gefaßt werden könne. Unter diesen Umständen tritt an das Reich die Pflicht heran, die zu Gebote stehenden Einnahmequellen zu benutzen, um seinen eigenen Bedarf zu decken und den Einzelstaaten zu helfen, außerdem aber, um eine Steuerreform anzubahnen. Das ist das Programm einer wirklich nationalen Finanzpolitik, die nicht blos von den einzelnen Staaten ausgeht, sondern die Finanzen als ein Ganzes auffaßt. Der zweite Gesichtspunkt, von dem die Regierung ausging, war der, daß der geeignetste Gegenstand zur höheren Besteuerung der Tabak sei. Wenn Oesterreich, England, Amerika zwischen 4—5 Mark pro Kopf der Bevölkerung aus dem Tabak ziehn, in Frankreich das Monopol 7 M. pro Kopf abwirft, während Deutschland bisher nur 35 Pfennige pro Kopf erzielt, so liegt es auf der Hand, daß jede Steuerreform zunächst beim Tabak einsetzen muß. — Wir haben Ihnen deshalb vorgeschlagen, die Tabaks-Steuer zu erhöhen, obgleich wir uns nicht verhehlten, daß mit dem zu erwartenden höheren Ertrag auf Grund des jetzigen Steuersystems die Tabakssteuerfrage nicht als abgeschlossen betrachtet werden könne.

Schon damals sind die verschiedenen Systeme, welche eine höhere Besteuerung ermöglichen, erörtert worden. Die Regierungen haben sich bis heute noch über keines dieser Systeme schlüssig gemacht, sie wünschen, durch die heutige Vorlage nur die Mittel zu erhalten, um auf Grund einer umfassenden, mit gesetzlicher Autorität veranstalteten Untersuchung der Verhältnisse das beste System für Deutschland herauszufinden. Ebensowenig würde der Reichstag durch sein Votum Stellung zu einem bestimmten System nehmen. Es soll lediglich Material gesammelt werden, welches es ermöglicht, Ihnen demnächst eine Vorlage zu machen über die Art und Weise, in welcher in Deutschland der Tabak definitiv besteuert werden soll. Zur Veranstaltung der von den Regierungen gewünschten Ermittelungen bedarf es einer gesetzlichen Maßnahme. Das von der Statistik gelieferte Material reicht nicht aus und stützt sich hauptsächlich auf die Angaben der Interessenten. Die Angaben über den Werth des Rohtabaks, die Stärke der Ausfuhr und Einfuhr sind durchaus unzuverlässig. Allerdings wäre es möglich, durch eine freiwillige Enquete von Sachverständigen noch recht schätzbares Material zu gewinnen, aber eine solche Enquete wird niemals mit der Zuverläßigkeit und Vollständigkeit arbeiten, wie eine Enquete, der gesetzliche Autorität zur Seite steht. Die Interessenten, denen auf dem ersteren Wege keine Verpflichtung auferlegt werden könnte, würden wohl schwerlich zuverläßige Angaben machen. Wenn Sie nun der Regierung darin beistimmen, daß aus dem Tabak ein höherer Ertrag gewonnen werden muß, und wenn Sie ferner meinen, daß eine weitere Entwickelung der Tabakssteuer nur bei dem Vorhandensein eines vollständigen und zuverläßigen Materials möglich ist, dann bitte ich Sie, die Vorlage der verbündeten Regierungen anzunehmen.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Nach den Erklärungen des Reichskanzlers ist kein Zweifel, daß diese Vorlage nichts Anderes bedeutet, als das Tabaksmonopol. Zwar wurde auch auf die Fabrikatsteuer hingewiesen, allein diese würde noch schlimmer sein und schließlich die Tabaksindustrie in die Hände einzelner bedeutenden Fabrikanten bringen, welche hinterher um so leichter für die Zwecke des Monopols expropriirt werden könnten. Das Monopol gilt als der Tod sans phrase, während die Fabrikatsteuer dem Vorgehen des gutmüthigen Mannes gleicht, der seinem Hunde die Ohren und den Schwanz nicht auf ein Mal, sondern allmälig abschnitt. Die Vorlage ist keine Enquete im eigentlichen Sinne, sie bezweckt nur, die Kosten der Einführung des Monopols zu ermitteln. Und wenn es schließlich eingeführt würde, würden dann auch die Matricularbeiträge wirklich fortfallen? Nach 1870 wurde eine neue Aera des Friedens und der Verminderung der Lasten angekündigt, aber der Militarismus zehrt das Mark der Nation auf. Wenn wir zu dem Militäretat von 1872 oder 1873 zurückkehrten, so brauchten wir nur sehr geringe Matricularbeiträge und gar keine neuen Steuern. Die Fabrikatsteuer hat wesentlich nur den Zweck, den Militäretat nach Ablauf des Septennats auf der jetzigen Höhe zu erhalten, und zwar unabhängig vom Reichstage. Ein Programm nationaler Finanzpolitik kann ich in der Vorlage nicht nicht erkennen; ihr kann nur der zustimmen, der für das Monopol ist. Die Lage unseres Tabakshandels und unserer Tabaksindustrie ist aber eine ganz andere, als sie in den Staaten, welche das Monopol haben, zur Zeit seiner Einführung war. Das Volk würde auch seine Einführung bei uns, nachdem fünf Milliarden in unser Land geflossen sind, gar nicht verstehen. Es würden damit zahlreiche Sinecuren geschaffen, welche die Reichsregierung nach ihrem Belieben vertheilte, wobei die Militäranwärter die Hauptrolle spielen und man zugleich 100,000 reichstreue Wähler in den angestellten Arbeitern gewinnen würde. In den ersten Jahren werden die Reinerträge, auf welche man rechnet, nicht erzielt werden, vielmehr werden bedeutende Zuschüsse erforderlich sein, so daß an eine Erleichterung der Lasten zunächst nicht zu denken wäre.

Endlich würde mit der Einführung des Tabaksmonopols ein gefährlicher Präcedenzfall geschaffen, denn die Regierung könnte dann auch eben so gut den Zucker, den Sprit oder die Bergwerke monopolisiren. Die Vorlage hätte übrigens ihrem Inhalte nach in einen einzigen Paragraphen gefaßt werden können, wonach der Reichskanzler die Enquete einzig und allein nach seinem weisen Ermessen leitet und Geld- und Freiheitsstrafen auferlegen kann; das wäre den Bestimmungen der Vorlage gleichgekommen, die den unerhörtesten Eingriff in die wirthschaftliche Freiheit und Sicherheit darstellt, von der nur die Klasse der Schmuggler Nutzen zöge. Die Kaffeeschnüffler unter Friedrich Wilhelm I. würden nur ein Kinderspiel sein gegen die Tabaksschnüffler, die hier in Aussicht genommen sind. Die Annahme der Vorlage würde zweifellos eine große Zahl von Concursen der Tabaksfabrikanten zur Folge haben. Was schließlich die Kosten der Enquete betrifft, so sind sie in der Vorlage auf 200,000 Mark angegeben, wenn aber das Gesetz so durchgeführt werden soll, wie beabsichtigt wird, dann wäre die Summe von 2,000,000 Mark nicht zu hoch gegriffen. Die Vorlage ist durchweg zu verwerfen, auch deshalb, damit endlich die in der Tabaksindustrie verursachte Unruhe ein Ende nehme.

Was dann die sogenannten constitutionellen Garantien betrifft, so habe ich schon bei einer früheren Gelegenheit ausgesprochen, daß, wenn die Matricularbeiträge wegfallen, der Reichstag selbst Fürsorge treffen wird, daß die Rechte, die er damit aufgiebt, ihm angesichts der neuen Steuerquelle in anderer Form geboten werden. Darüber sind nicht viel Worte zu verlieren, die Regierung wird es selbst finden, die Majorität wird es verlangen und es wird eine geeignete Form gefunden werden. Die Differenzen und Angriffe gegen meine Freunde, die in der Hinsicht hervorgetreten sind, stützen sich vielmehr auf die von uns erhobenen Forderungen der sogenannten constitutionellen Garantien in Preußen. Eigentlich ist es kaum nöthig, das Mißverständniß in der Weise zurückzuweisen, daß der Reichstag in seiner Mehrheit durch ein Gesetz über diese Verhältnisse in Preußen nicht beschließen kann und nicht beschließen wird; denn es ist nicht seine Aufgabe. Diese Verhältnisse werden in Preußen geregelt werden. Man wird sich in Preußen die Frage vorlegen müssen, was in dieser Hinsicht erforderlich ist, wenn wir in Preußen durch die im Reiche mehr fließenden Mittel erleichtert werden, was erforderlich ist in Bezug auf Erleichterungen an den directen Steuern, an den einzelnen Communalsteuern, was bei der Einkommen- und Klassensteuer, und da steht die liberale Partei nicht allein, sondern sie erfreut sich der völligen Zustimmung und Unterstützung der freiconservativen Partei. Herr v. Kardorff hat es auf die präciseste Weise wiederholt: es sind constitutionelle Garantien in Preußen erforderlich, wenn man derartige indirecte Einnahmequellen zugesteht. Aehnlich haben sich seine Freunde wiederholt geäußert im preußischen Abgeordnetenhause und in der letzten Woche ist durch die Presse seiner Partei kein Zweifel gelassen worden, daß man es für selbstverständlich und nothwendig hält, derartige Garantien zu finden. Mit den Einzelnheiten dieser Frage wird sich das preußische Abgeordnetenhaus zu beschäftigen haben und es wird derjenige einflußreiche preußische Minister, welcher demnächst bei der Durchführung der Finanzreform eine Rolle zu spielen hat, dem Reichstag hiernach die darauf bezügliche Erklärung im Reichstage abzugeben haben.

Abg. v. Bennigsen: Zunächst darf ich wohl einige Worte der Aufklärung und Abwehr sprechen, da der Beschluß der nationalliberalen Partei in Bezug auf das Monopol an verschiedenen Stellen, auch von den Organen der Regierung, in sehr mißverständlicher Weise aufgefaßt und zu politischen Angriffen gegen meine Partei benutzt worden ist. Ich behaupte, daß wir trotz der Beschlüsse, welche wir Angesichts dieser Vorlage über das Monopol oder eine gleich einträgliche Steuer gefaßt haben, zu der Steuer- und zu den mit ihr zusammenhängenden constitutionellen Fragen principiell und factisch genau bei dem Beschlusse stehen, den wir der Steuervorlage im Februar entgegenstellten. Noch heute sind meine Freunde und ich der Meinung, daß eine Steuerreform im Reiche und in den einzelnen Staaten auf Grundlage einer ganz bedeutend höheren Heranziehung der indirecten Steuern erforderlich ist nach der Finanzlage im Reiche, in mehreren größeren Einzelstaaten und in den Communen. Wir sind der Meinung, daß die directen Steuern, um das erforderliche Mehr zu erreichen, nicht benutzt werden können, im Gegentheil hinsichtlich der directen Steuern eine Erleichterung der Einzelnen, eine Uebertragung von ganzen oder theilweisen Steuern Seitens des Staatsfiscus wünschenswerth ist. Wir sind namentlich, was die indirecten Steuern und ihr Verhältniß zu den Reichseinnahmen anlangt, der Ansicht, daß es politisch und finanziell dringend wünschenswerth ist, das Reich auf eigene Füße zu stellen, die Matricularumlagen vollständig zu beseitigen, daß dazu die indirecten Steuerquellen benutzt werden sollen, um jenes Ziel zu erreichen und daß der Tabak ein wesentlicher Bestandtheil der Steuerreform sein wird. (Sehr richtig!) In dieser Hinsicht hat sich also durchaus nichts geändert. Es kommt nur darauf an, daß es einer festen, vertrauenswürdigen Reichsfinanzverwaltung gelingt, sich mit der Mehrheit des Reichstages über die Steuerreformpläne und die Heranziehung der indirecten Steuern in höherem Maße zu verständigen.

Ich will nur ein — um es gelinde auszudrücken — immer wieder aufs Neue auftauchendes Mißverständniß beseitigen, als ob wir die Abschaffung des Art. 109 der preußischen Verfassung verlangten. Diesen Artikel wollen wir durchaus nicht angerührt wissen. Es handelt sich um specielle Vorschriften in dem Gesetze über die preußische Einkommen- und Klassensteuer: um es präcise auszudrücken, um die Möglichkeit, daß der preußische Landtag die Steuer nach Quoten bewilligen und die Nachlassung einzelner Monatssimplen beschließen könne. Ueber diese praktische Frage wird man sich bei gutem Willen mit der Landtags- resp. Reichstagsmehrheit wohl einigen können. Der Abg. v. Schorlemer wirft unserem Beschlusse Inconsequenzen vor, derselbe weise Monopol und Fabrikssteuer zurück und trotzdem seien wir nicht grundsätzlich gegen die Anstellung einer Enquete. Das Centrum allerdings und auch die Fortschrittspartei — vielleicht aus ganz verschiedenen Gründen, wollen überhaupt gar keine Steuern bewilligen, sie wollen, wenn sie vom Mißverhältniß der directen und indirecten Steuern im Reiche sprechen, ein Mehr an Steuern überall nicht bewilligen. Die Nothwendigkeit neuer Steuern, damit Erleichterungen in den einzelnen Staaten eintreten können und das Reich auf eigene Füße gestellt wird, erkennen beide Parteien nicht an. Wir stehen also in dieser Beziehung auf ganz anderem Boden. Wir wollen allerdings ein bedeutendes Plus an indirecten Steuern bewilligen unter gewissen Voraussetzungen gegenüber einer wirklich vertrauenswürdigen Reichsfinanz-Verwaltung und zur Erleichterung der einzelnen Staaten, und weil wir das wollen und weil wir annehmen, daß aus dem Tabak ein bedeutendes Plus sehr wohl zu erheben ist, in einer bestimmt noch höheren Summe, als in der Vorlage vom 6. Februar in Aussicht genommen war, halten wir eine gründliche Enquete für nützlich, damit sich aus einer unbefangenen Untersuchung ergebe, welche Steuerform in den bestehenden deutschen Verhältnissen überhaupt zulässig, in welchem Umfange und in welchen Grenzen sie einträglich sein kann, ohne wichtige Interessen zu zerstören.

Wir können diese Vorlage nicht ändern Angesichts der grundsätzlich ablehnenden Haltung, welche Centrum und Fortschrittspartei zu ihr einnehmen. Eine solche andere Vorlage, im Sinne der allgemeinen Enquête, mit der Bewilligung der 200,000 M., unter Beseitigung aller der einzelnen vexatorischen Bestimmungen können wir nicht herstellen. Das wird davon abhängen, ob die Regierung Werth darauf legt, daß die so veränderte Vorlage wirklich aus der Mehrheit des Hauses hervorgeht, ob die Regierung mit den conservativen Parteien zusammen sich mit uns über die nach unserer Meinung erforderliche Aenderung verständigt, und wir werden abwarten, welche Stellung die Regierung und die conservativen Parteien demnächst im Einzelnen annehmen, nachdem ihnen allgemein klar geworden sein wird, was wir bei dieser Vorlage verwerfen und was wir für zulässig halten. Was nun die Vorlage im Einzelnen angeht, so kann sich die Ausführungen des Staatsministers Hofmann nicht in Uebereinstimmung bringen mit dem Inhalt der Vorlage und mit den Motiven, namentlich mit den Schlußsätzen derselben, ebensowenig aber auch mit den Ausführungen des früheren Finanzministers und des Reichskanzlers in der Sitzung vom 22. Februar. Lassen Sie uns in diesen Sachen offen und klar sein. Die nöthige Klarheit über diese Vorlage, über Inhalt, Tendenz und Bedeutung derselben haben ja die damaligen Reden des Ministers Camphausen und des Reichskanzlers ganz offenbar gegeben. Der Reichskanzler hat gar kein Hehl daraus gemacht, daß er sich hinsichtlich der Besteuerung des Tabaks für das Monopol erkläre und hat dasselbe als sein Ideal bezeichnet. Er hat am Schlusse seiner Rede es als dringend wünschenswerth hingestellt, daß noch dieser Reichstag Gelegenheit habe, sich über seine Stellung zum Monopol klar zu machen; er hat das hingestellt, gewissermaßen als eine Verpflichtung der Mehrheit des Reichstages gegenüber der Reichsregierung, damit diese nicht, von anderen Ansichten ausgehend, sich auf Irrwege verleiten lasse, damit sie im Voraus wisse, welche Steuervorlage in den nächsten Jahren Aussicht auf die Mehrheit im Reichstage habe.

Der Minister Camphausen hat sich in seiner damaligen Rede schon ganz speciell mit dieser Vorlage beschäftigt, sie ist ja auch, so viel ich erfahren, im preußischen Finanzministerium ausgearbeitet worden, vielleicht war sie es schon am 22. Februar, als damals die Verhandlungen waren. (Große Heiterkeit.) Wenn der Reichstag und die Regierung sich für die Tabaksregie entschieden, führte Minister Camphausen aus, so wäre vor allen Dingen eine solche Vorlage nothwendig, wie sie jetzt uns beschäftigt, damit eben festgestellt wird, was für eine Entschädigung für die Tabaksindustrie nothwendig ist und was an Betriebscapital, an Einrichtungen nöthig ist für die Tabaksregie. Hiernach ist diese Vorlage bestimmt, die nöthigen Ermittelungen für die Einführung des Monopols herbeizuführen, sowohl was eine etwaige Entschädigung der Industriellen betrifft, als auch was die Frage anlangt, welche Einrichtungskosten der Staat für die Regie nöthig hat. Wenn die Mehrzahl meiner politischen Freunde heute sagt: das Monopol paßt für unsere deutschen Verhältnisse, namentlich wie die wirthschaftlichen Dinge sich entwickelt haben, so wenig, daß es unverantwortlich wäre, dasselbe einzuführen, — sind wir dann nicht der Reichsregierung, unseren Wählern, dem ganzen Lande gegenüber verpflichtet, uns hierüber deutlich auszusprechen? Müssen wir der Regierung nicht sagen: so liegen die Dinge; wenn du also nächsten Winter mit einer Monopolvorlage kommst und die ganze Vorbereitung wesentlich nur darauf eingerichtet ist, so wird die Vorlage scheitern und auf dieser Grundlage das Tabakssteuergesetz wie die beabsichtigte Steuerreform überhaupt nicht eingeführt werden können? Ferner hat man uns vorgeworfen, wir hätten uns auch gegen eine Fabrikatsteuer erklärt, welche einen gleichen Ertrag liefern soll, wie das Monopol. Das haben wir allerdings gethan, und auch das kann man verantworten. Bis zu einem gewissen Grade ist das durch das Monopol erhoffte Quantum ein anonymer Begriff, und insofern ist auch die Verwahrung gegen ein gleiches Ergebniß einer Fabrikatsteuer kein ganz fester Begriff. Im Einzelnen mag das sein, im Großen und Ganzen weiß man aber, worum es sich handelt: Es ist ein öffentliches Geheimniß, daß der Reichskanzler mehrere hundert Millionen aus der Tabakbesteuerung, Monopol oder Fabrikatsteuer erwartet.

In der bekannten Schrift von Mohl wird ausgeführt, daß der Tabaksverbrauch in Deutschland mehr als doppelt so groß sei, als in Frankreich, und daß deshalb auch ein doppelt so großes Resultat von dem Monopol zu erwarten sei und es werden daran die weitgehendsten wirthschaftlichen und finanziellen Hoffnungen geknüpft. In Frankreich hat das Monopol im letzten Jahre 322 Millionen Mark brutto aufgebracht, nach Abzug der Regie-Verwaltungskosten mehr als 200 Millionen Mark netto. Dabei ist die Verwaltung des Monopols in Frankreich die beste, und ihr steht eine reiche, langjährige Erfahrung zur Seite. Eine Fabrikatsteuer, die sich ein gleiches Ziel setzte, würde auf die Tabaksindustrie ebenso verderblich wirken, wie das Monopol. Würde eine so hohe Fabrikatsteuer erhoben, so wäre von den 10,000 selbstständigen deutschen Tabaksbetrieben nur ein kleiner Theil in der Lage, sein Betriebscapital so zu vermehren, um gegenüber der hohen Steuer das Geschäft fortzuführen. Die Folge würde sein, daß sich in wenigen Jahren die Tabaksindustrie auf einige wohlhabende große Betriebe, Actien-Gesellschaften concentrirte. Dann würde man allerdings kein Staatsmonopol haben, wohl aber eine Monopolisirung des Tabaksgeschäfts in den Händen weniger wohlhabenden Leute (Sehr richtig!) zum Schaden aller jetzt in der Branche beschäftigten Personen. Besser wäre es dann schon, wenn der Staat die Sache in die Hand nähme. — Was die Vorlage selbst betrifft, so würde ich doch nicht für dieselbe stimmen, selbst wenn ich für das Monopol wäre. Die Vorlage verlangt staatliche Erhebungen über die Tabaks-Industrie; die Fabrikanten und Handeltreibenden sollen unter Strafe Aussagen über ihre intimsten Geschäftsverhältnisse machen, über Tabakssorten, Geschäftseinrichtungen 2c., Einrichtungen, auf denen oft der einzige Vortheil ihren Concurrenten gegenüber beruht. Sie sollen ferner unter Strafe aussagen über den Preis des Rohmaterials und die Fabrikation, sollen also dem Staate ihre ganze Geschäftserfahrung offen legen. Alle diese verlangten Enthüllungen sind geeignet, bei den jetzigen ohnehin traurigen Creditverhältnissen den Geschäftsmann völlig zu ruiniren.

Diese ganze Untersuchung wäre nur am Platze, wenn man das Monopol einführen wollte, aber man will sich ja erst über das beste System schlüssig machen. Ich möchte noch auf die Enqueten aufmerksam machen, welche in den Jahren 1833—35 und von 1872—76 wegen des Tabaks-Monopols in Frankreich stattfanden. Die letztere Enquete hatte nur einen geringen Umfang und beschäftigte sich hauptsächlich mit der Verbesserung der Administration der Regie des Tabaksbaues 2c., während die Enquete der dreißiger Jahre einen allgemeineren Charakter hatte. Bekanntlich hat man in Frankreich das Monopol zuerst im Jahre 1810 auf 5 Jahre und später auf 10 Jahre eingeführt. Der Beschluß der Deputirtenkammer im Jahre 1833 ist in der Hinsicht ganz allgemein, würde also im Wesentlichen der Aufgabe entsprechen, vor der wir hier stehen. Er setzte eine Enquete-Commission der Kammer von 9 Mitgliedern ein zu dem Zwecke, alle Thatsachen und Actenstücke bezüglich der Cultur, der Fabrikation und des Verkaufs von Tabak im Zusammenhang mit den Interessen der Landwirthschaft und des Handels zusammenzustellen. Die 9 Mitglieder, die damals gewählt worden sind, haben sich nun dieser Aufgabe unterzogen, genaue Ermittelungen angestellt über den Bau, die Fabrikation, den Handel, über die wirthschaftlichen und finanziellen Verhältnisse, wie es in der Resolution beschlossen war. Ihr Bericht ist in einem starken Bande niedergelegt und es zeigt sich daraus, daß die Commission und die Kammer der Deputirten in Frankreich das größte Gewicht gelegt hat auf etwas, was man hier nach der Vorlage anscheinend für ganz überflüssig hält, nämlich die Abhörung von wirklichen Sachverständigen. In Frankreich hat man damals Fragebogen nicht blos an die einzelnen Geschäftsleute, sondern namentlich auch an landwirthschaftliche Vereine und Handelskammern geschickt.

Außerdem hat man aber auch eine große Menge sachkundiger Personen aus den verschiedensten Lebenskreisen abgehört: Beamte, Gelehrte, Consuln von Ländern mit großer Tabaksindustrie und Tabaksbau, Geschäftsleute aus allen Branchen des Tabaksgeschäfts. Auf die von ihnen gewährten Informationen legten die Commissionen den größten Werth und bezeichnete sie als die abschließende Vervollständigung des statistischen Materials, während man hier die mündlichen Aussagen der Sachverständigen für völlig überflüssig hielt. Auch wir haben Sachverständige zu der Enquete heranzuziehen und durch ein Kreuzverhör die Kenntniß der wahren Verhältnisse aus ihnen herauszuziehen. Eine richtig zusammengesetzte Commission, die die richtigen Fragen an die richtig gewählten Sachverständigen stellt, würde werthvollere Ergebnisse erzielen, als die Vorlage in Aussicht nimmt. Es ist doch ganz klar, daß in einem so großen Gewerbe concurrirende, ja vollständig von einander abweichende Interessen vorhanden sein müssen. Tabaksbau, Handel und Fabrikation verfolgen keineswegs gleiche Interessen, daher die Handelsstädte durchaus nicht gegen eine hohe Fabrikatsteuer sind, die Fabrikanten dagegen gegen eine solche Steuer protestiren und mit der Gewichtssteuer oder einem höheren Zoll einverstanden sind, die Tabaksbauer endlich sagen: wir können unter allen Umständen keine Steuer tragen, die wir selbst in einem hohen Grade zu bezahlen haben, da mag man die anderen Kreise heranziehen. In ihrer großen Mehrheit muß die nationalliberale Fraction schon jetzt erklären: für die deutschen Verhältnisse ist das Monopol nicht passend und verderblich. Als 1810 in Frankreich das Monopol eingeführt, war die Tabaksindustrie so wenig entwickelt, daß Napoleon den Tabaksindustriellen keine Entschädigung gewährte. In Deutschland dagegen ist die Tabaksindustrie durch die geringe Besteuerung 2c. gewissermaßen künstlich großgezogen worden, so daß wir in Anbetracht des bedeutenden Im- und Exports es mit einem der größten Geschäftszweige zu thun haben.

Die massenhaft erschienenen Broschüren und sonstigen statistischen Mittheilungen beweisen das zur Genüge: es handelt sich um etwa 10,000 große und kleine Fabrikationsbetriebe und um ca. 110,000 Arbeiter. Berücksichtigt man aber, daß die Einführung des Monopols selbst nach dem Zugeständnisse der Regierung mit einer Verminderung der Production und Consumtion verbunden ist, so wird leicht die Hälfte der jetzt beschäftigten Arbeiter sich anderer Beschäftigung zuwenden müssen, was bei der heutigen Krisis vermieden werden sollte. Die Entschädigung an die Interessenten würde, selbst wenn man dem einzelnen Fabrikanten nur 800 Mark gewährte, doch zu kolossalen Summen anwachsen, was die erwartete Einnahme aus dem Monopol in der ersten Zeit sehr herunterdrücken würde. Betreffs dieser

Einnahmen giebt man sich Illusionen hin. Als in den 30er Jahren in Frankreich die obenerwähnte Enquete veranstaltet wurde, bestand das Monopol 25 Jahre. Es wurde eine jährliche Einnahme von 53 Millionen Francs constatirt und eine solche von 60 Millionen Francs für die folgenden Jahre in Aussicht gestellt; jetzt beträgt die Jahreseinnahme 322 Millionen nach 70jährigem Bestand des Monopols. Unmöglich kann Deutschland gleich in der ersten Zeit eine gleiche Einnahme erzielen. Die ersten Probejahre würden nur wenig einbringen. In Frankreich hat man den Einheitsstaat, eine feste, centrale Administration, deren Willkür man gewöhnt ist, aber wir haben keinen Einheitsstaat, keine französischen Verhältnisse. In Deutschland ist der Tabaksbau zerstreut, eine straffe Centralisation ist unmöglich. Da ferner die Preise den Gewinn des Monopols bilden, ist bei eintretender Preiserhöhung des Tabaks der Schmuggel unausbleiblich. Man müßte wie in Frankreich Zonen errichten, in denen die Tabakspreise verschieden sind, jedenfalls billiger als der eigentliche Regiepreis, um dem Schmuggel entgegenzuwirken.

Der Bundesstaat Deutschland wird nur schwer ein derartiges Zonensystem durchführen können. Sowie die Regie in Deutschland vollständig eingerichtet ist, muß man, wenn man Resultate haben will, den Betrieb concentriren. In Frankreich hat man nur 16 Manufacturen, in Deutschland würde man doppelt oder dreimal so viel haben. Die Einrichtung einer solchen Manufactur würde für eine gewisse Gegend und ihre Arbeiterverhältnisse eine Wohlthat sein. Was endlich die Vortheile anlangt, die der Tabaksbau für die einzelne Gegend hat, in der er betrieben wird, so hat nicht blos der Bauer vor vielen anderen seines Gleichen etwas voraus, sondie letzte Enquête in Frankreich weist nach, daß in den Gegenden des Tabaksbaues ein großer Theil des Tabaks unversteuert verzehrt wird, weil die Controle nicht möglich ist. Die Regierung selbst wird im letzten Augenblick zurückscheuen vor der Beseitigung einer so großen Industrie, wenn sie sieht, daß der Reichstag dagegen ist.

Was die weitere Frage anlangt, ob wir im nächsten Jahre zu einer Steuerreformvorlage kommen werden, durch die auch der Tabak zu einem bedeutend höheren Betrage herangezogen wird, so wird dies wesentlich davon abhängen, daß eine wirklich ernsthaft verantwortliche Reichsfinanzverwaltung und ihre Verbindung mit der preußischen Verwaltung bis dahin eingeführt wird. Ist dies möglich, so wird die Regierung nach meiner Ansicht schon im nächsten Jahr versuchen müssen, sich mit dem Reichstag über ein angemessenes Maß der Tabaksbesteuerung zu verständigen. Diese ewige Unsicherheit in der Tabaksbesteuerung hat seit Jahren zu colossalen Verlusten geführt und die Regierung hat also die Verpflichtung, diesem Zustande so bald als möglich ein Ende zu machen. Aber auch für die Tabaksinteressenten selbst ist es ein dringendes Interesse, daß man sich bald über eine angemessene Form der nothwendigen Tabakssteuererhöhung verständigt. Wenn diese Frage von Jahr zu Jahr wieder hinausgeschoben wird, dann wird doch schließlich der Gedanke näher gerückt, in Ermangelung einer andern geeigneten Form zur Regie überzugehen. Es ist dies eine Gefahr, die auch die Tabaksinteressenten nicht verkennen dürfen. Wenn wir in Deutschland erhebliche Finanzbedürfnisse haben und wir können sie nur befriedigen aus den indirecten Steuerquellen, dann können wir unmöglich ein solches Verhältniß bestehen lassen, daß der Tabak bei uns pro Kopf ⅓ M., in andern großen Ländern 4½—7 M. einträgt, obwohl der Verkehr mit Tabak bei uns größer ist als in irgend einem Lande der Welt und Zucker und Branntwein bei uns 1⅓ und 1⅔ M. pro Kopf ergeben. Das Pfund Tabak ist in zwei großen Ländern 30 Mal höher belastet als in Deutschland. Ein solcher Zustand ist doch auf die Dauer unmöglich und auch diejenigen unter uns, in deren Heimath eine erhebliche Tabaksindustrie besteht, werden nicht aus den Augen verlieren dürfen, daß hier endlich einmal Remedur geschaffen werden muß.

Die Nothwendigkeit einer Verständigung zwischen Regierungen und Reichstag, die das gemeinsame Interesse von selbst vorschreibt, ist durch die Ausführungen des Herrn von Schorlemer zur Evidenz klar geworden. Er hat daran erinnert, daß in der nächsten Legislaturperiode das Septennat abläuft, wir also schon bei den nächsten Wahlen, in der ersten, spätestens in der zweiten Session der nächsten Legislaturperiode wiederum die Frage zu entscheiden haben werden, wie die Wehrkraft Deutschlands in einer für seine Finanzen erträglichen Weise gesichert werden soll. Da möchte doch die Regierung eine sehr große Verantwortlichkeit tragen und es könnte wirklich für den Fortbestand eines gesunden Verhältnisses des Reichstages zur Regierung sehr verhängnißvoll werden, wenn wir in der Zeit der Entscheidung über diese Frage in einer so knappen Finanzlage sind, daß eben das Finanzinteresse die unbefangene Beurtheilung selbst dieser wichtigsten Frage zu leicht überwuchern könnte. (Sehr richtig! Hört!) Meine Herren, wir wollen die Regierung loyal unterstützen, ich und meine Freunde, in jedem ernsthaft gemeinten ausführbaren Versuche, aus den indirecten Steuern ein größeres Maß von Einnahmen zu ziehen, speciell aus dem Tabak. Der neue deutsche Staat hat innerhalb und außerhalb Deutschlands Schwierigkeiten genug. Lassen wir nicht noch diese finanzielle Frage zu einer neuen Schwierigkeit und Gefahr heranwachsen und thun Sie, meine Herren, auf Seite der Regierung, das Ihrige, daß wir uns schon im nächsten Jahre über die Grundlagen einer Steuerreform verständigen können. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Lucius: Der Vorredner hat selbst die in den Februar-Vorlagen verlangten 30 bis 40 Millionen Mark Einnahmen aus indirecten Steuern als unzulänglich für eine fundamentale Steuerreform erklärt und dennoch schließt er die beiden Systeme, welche allein geeignet sind, größere Beträge zu erzielen, das Monopol und die amerikanische Fabrikatsteuer, vollkommen aus. Auch wir sind mit dem Vorredner und der Regierung darüber einig, daß es nothwendig ist, die eigenen Einnahmen des Reichs zu erhöhen, ein Ziel, das nur auf dem Wege einer durchgreifenden Steuerreform erreicht werden kann. Auch wir sind damit einverstanden, daß es nur auf diese Weise möglich ist, die Matricularbeiträge zu beseitigen. Die Matricularbeiträge haben in den letzten acht Jahren zwischen 59 und 94 Millionen geschwankt; sie betragen in der laufenden Etatsperiode 87 Millionen Mark. Die Steigerung ist also keine allzu große gewesen. Man darf aber dabei nicht außer Acht lassen, daß wir große disponible Fonds zur Deckung der hervorgetretenen Bedürfnisse hatten. Sobald dieselben nicht mehr vorhanden sind, müßte eine bedeutende Steigerung der Matricularbeiträge eintreten. Man empfiehlt dagegen nun, Ersparnisse zu machen. Dann müßte man doch auch die Möglichkeit dazu nachweisen. Der Militäretat ist seit 1869 von 199 auf 322 Millionen, der Marine-Etat von 17 bis 34 Millionen gestiegen und nur in vier Etats ist eine Verminderung der Ausgaben herbeigeführt worden. Also auch in Zukunft dürfen wesentliche Ersparnisse nicht erwartet werden. Wir leben nicht auf einer Insel, unsere Militärausgaben hängen mit dem Verhalten unserer Nachbarstaaten zusammen. Also schon die einfache Existenz der Matricularbeiträge ist für uns ein Hauptgrund für eine Steuerreform. Das zweite Moment dafür ist das Mißverhältniß zwischen directen und indirecten Steuern in Preußen und Deutschland. Die Steuerpflichtigen sind bis zur äußersten Grenze ihrer Steuerkraft herangezogen, eine Steigerung der Einnahmen aus den directen Steuern ist absolut nicht möglich.

Es ist auch unrichtig, daß die indirecten Steuern hauptsächlich die Unbemittelten belasten. Der Arbeitgeber trägt zu diesen Lasten erheblich in der Form der Löhne bei, welche sich nach den Theuerungsverhältnissen normiren; außerdem ist er der bedeutendere Consument. Darüber aber sind wir Alle einig, daß von den besteuerungsfähigen Gegenständen der Tabak der geeignetste ist; wenigstens ist er eben so besteuerungsfähig wie Salz, Spiritus, Kaffee und Zucker. Man hat dieser Vorlage nun vorgeworfen, daß sie einerseits zu viel, andererseits zu wenig enthalte. Wir sind geneigt, diejenigen Bestimmungen aus der Vorlage zu entfernen, welche als vexatorisch gelten können; wir wollen die Vorlage aber auch nicht in einer Weise amendiren, daß sie vollkommen wirkungslos wird. Die Formulirung von Anträgen behalten wir uns bis zur zweiten Lesung vor; mein Fractionsgenosse von Schmid hat in dieser Beziehung einige glückliche Gedanken vorzuschlagen. Wir vermissen in der Vorlage Bestimmungen über die Zusammensetzung der Enquetecommission und der mit ihr zusammenhängenden Organe. Man wird die Zuziehung von Sachverständigen in der Vorlage anordnen müssen, die in den §§ 2 und 3 geforderten Detailangaben der Fabrikanten werden auf summarische Angaben beschränkt werden müssen. Die Befugniß zur Einsicht in die Geschäftsbücher wird gänzlich beseitigt werden müssen oder nur da gestattet werden dürfen, wo die Enquetebeamten mit Grund dolose falsche Angaben Seitens des Fabrikanten voraussetzen. Ob es möglich sein wird, alle Strafbestimmungen aus der Vorlage zu entfernen, wird der späteren Berathung vorbehalten bleiben müssen. Wir sehen in dem Enquetegesetz nur das Bestreben, uns das vollständige Material über die wirthschaftliche und finanzielle Wirkung der verschiedenen Tabakssteuersysteme zu beschaffen. Wir engagiren uns damit für kein System und halten es deshalb für verfrüht, schon jetzt über die Licht- und Schattenseiten der verschiedenen Systeme zu discutiren. Wir schließen aber auch jetzt kein System absolut aus, sondern behalten uns unsere Stellungnahme bis zur positiven Vorlage des Finanzprogramms der Reichsregierung vor.

Ueber die Frage der constitutionellen Garantien wird man sich bei gutem Willen leicht einigen können, obwohl die Lösung derselben mehr in Preußen als beim Reiche liegt. Wir haben ja schon öfter Reichsgesetze mit der Clausel gemacht, wonach das Inkrafttreten derselben abhängig wird von dem Zustandekommen eines Landesgesetzes. Man könnte ja auch den Tabaksteuerbetrag auf ein oder mehrere Jahre fixiren und bestimmen, daß die Ueberschüsse nach Maßgabe der Matrikularbeiträge an die Einzelstaaten vertheilt werden sollen. Ferner haben wir in Preußen das Ausgaben-Bewilligungsrecht und endlich haben wir die mit Zustimmung seines Souveräns abgegebene Erklärung des Reichskanzlers, daß die Beseitigung der Matrikularbeiträge einen Steuernachlaß in den Einzelstaaten oder die Ueberweisung von Steuerbeträgen an die Communen zur Folge haben müsse. Das sind constitutionelle Garantien genug. Alle Parteien, welche bisher die Interessen des Reichs gefördert haben, müssen auch in dieser Frage einträchtig zusammenwirken, um etwas Positives zu schaffen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (Hagen): Auf dem Gebiet der Steuerpolitik haben wir mit der Regierung keinen gemeinsamen Zweck und können deshalb auch nicht eine solche Vorlage als Mittel zum Zweck bewilligen. Heut braucht die Bekämpfung des Monopols keine große Tapferkeit mehr. Als ich im Februar dieses Jahres dagegen sprach, that ich es, weil nach bisheriger Erfahrung in Deutschland für Alles, wofür der Reichskanzler spricht, auch eine große Zahl von Personen gleich zu begeistern sich anfangen. (Heiterkeit.) Diesmal war das nicht zutreffend; im Gegentheil hat das Bekanntwerden dieses letzten „Ideals" das Vertrauen in den Reichskanzler auf wirthschaftlichem Gebiet sehr erschüttert und in weiteren Kreisen die Ueberzeugung befestigt, anstatt Alles in Deutschland auf die zwei Augen des kranken Kanzlers zu stellen, die Entwickelung mehr als bisher auf Institutionen zu gründen. Auch die amerikanische Fabrikatsteuer ist als Project nicht mehr gefährlich. Sie hatte damals nur den negativen Vorzug, nicht das Monopol zu sein. Wenn aber Monopol und Fabrikatsteuer keine Aussicht hat und für das System Englands, Verbot des Tabaksbaues, sich von vornherein Niemand ausgesprochen, so kann eine Besteuerung von 100 bis 200 Millionen überhaupt nicht mehr in Frage kommen. Dem praktischen Reichskanzler ist es überhaupt niemals so sehr auf die Form der Besteuerung, als auf möglichst viel Geld angekommen. Er nimmt auch weniger, wenn er nicht mehr kriegen kann. Aber die Enquetevorlage ist auf eine möglichst hohe Summe zugespitzt. Will man das nicht, so genügt eine Enquete, zu der kein Gesetz erforderlich und, außerhalb der allgemeinen Dispositionsfonds, auch keine Geldbewilligung. Soll doch auch eine Eisenindustrie- und Baumwollenindustrie-Enquete ohne dergleichen vorgenommen werden. So lange man über keine Maximalsumme einig ist, fehlt aber auch die Grundlage der Enquete, weil das Steuersystem sich nach dem beabsichtigten Steuertrag richten muß. Jede höhere Steuer schädigt Tabaksbau, Industrie und Handel, indem sie die schwächeren Elemente darin zerstört.

Indem man eine Enquete für einen bestimmten Zweck bewilligt, ist man entweder schon für einen bestimmten Zweck engagirt, oder leitet doch ein solches Engagement ein. So einfach ablehnend wie Herr v. Bennigsen die Fortschrittspartei kennzeichnet, ist dieselbe nicht. Wir kommen theils aus denselben Gründen, wie die Nationalliberalen, theils aus Consequenz dieser Gründe, theils aus Gründen, die uns mit denselben noch bis vor einigen Jahren gemeinsam waren, zur vollständigen Ablehnung. Daß der Tabak ein zur Besteuerung geeignetes Object ist, steht in allen Lehrbüchern und ist unbestreitbar. Das Salz ist allerdings hoch besteuert; aber man kann diesen Artikel doch nicht derart personificiren, ihm Empfindung beimessen, um deshalb den Tabak höher zu besteuern, gleichwie man Herrn B. in der Einkommensteuer heraufsetzt, weil Nachbar A. so hoch besteuert ist. Anders läge die Frage für uns, wenn das Salz freigegeben würde bei höherer Besteuerung des Tabaks. Auch eine Beruhigung der Industrie führt eine höhere Tabakssteuer nicht herbei; im Gegentheil kommt hier der Appetit mit dem Essen. Nicht die Veränderlichkeit des Reichstages hat wiederholt die Tabaksindustrie beunruhigt, sondern daß die Regierung drei Mal ohne Fühlung und Verantwortlichkeitsbewußtsein vor der parlamentarischen Majorität solche Projecte aufgenommen hat. (Sehr wahr, links!) Die Schädigung der Industrie ist die Folge des Mangels eines parlamentarischen Regierungssystems. Vielleicht geben diese Vorgänge manchen Industriellen — Viele thun es ja bereits — Veranlassung, künftig sich mehr um Politik zu bekümmern und nicht erst, wenn eine Schutzzollbettelei im Gange ist, oder es an Haut und Kragen geht. Gerade wenn ich eine Enquete bewillige, ohne den Glauben zu haben, daß daraus im nächsten Jahre etwas folgt, mache ich mich derselben Beunruhigung, wie die Regierung, schuldig. Zudem würde ich geradezu durch Steuerbewilligung für die Regierung eine Prämie darauf setzen, nun auch andere Industrien durch Steuerprojekte zu beunruhigen, bis wir ihr die Beunruhigung durch eine Steuererhöhung auf die betreffenden Artikel abkaufen. Steuern erhöht man doch nur, wenn man mehr Einnahmen bedarf, oder andere Steuern abschaffen will. Für normale Zeiten haben wir genug Einnahmen.

Eine gewisse Knappheit der Mittel nach der Milliardenzeit wird uns zur richtigen Wirthschaftlichkeit zurückführen. Gegen eine Vertauschung schlechterer Steuern gegen bessere haben wir nichts, sehen aber keine klaren Absichten zur Abschaffung von Steuern, mit denen wir übereinstimmen könnten, vor uns. Die Abschaffung der Matricular-Beiträge kann zur Steuererleichterung führen, braucht es aber nicht. Ueber Vermehrung der indirecten, Verminderung der directen läßt sich in dieser Allgemeinheit nicht sprechen; die indirecten Steuern treffen verhältnißmäßig stärker die Minderbesitzenden. Die Ueberwälzungstheorie würde auch das ungerechteste System begründen. Die indirecten Steuern beschränken Industrie und Verkehr. Hätten wir Milliardenschulden anderer Staaten, würden wir auch mehr indirecte Steuern brauchen müssen. Das directe Steuersystem ist seiner größeren Wirthschaftlichkeit und Gerechtigkeit halber in Deutschland mehr entwickelt. Man kann nicht im Reiche die Steuerlasten in anderen Gemeinwesen reguliren; das Reich ist kein Einheitsstaat. Die Entlastung der Communen dient nur als Köder; die vielbeklagten Städte in Preußen würden 36 Millionen Mark indirecter Steuern mehr zu tragen haben, um 15 Millionen Grund- und Gebäudesteuer überwiesen zu erhalten. In Communen mit 500 Procent Einkommensteuerzuschlag beträgt die Gebäudesteuer noch nicht $^{1}/_{15}$ davon. Der Minister spricht von einer nationalen Finanzpolitik. Oft nennt man das, wofür man keinen rechten Grund anzugeben weiß, national. In der mangelhaften Entwickelung der indirecten Steuern sollen wir uns von anderen Staaten unterscheiden, und zugleich soll gerade die Politik, worin wir anderen Staaten nachahmen sollen, national sein; da finde ich keinen Sinn heraus. (Sehr gut.) Um eine neue Steuerbelastung durch Steuerentlastung in Einzelstaaten oder Communen auch nur ausgleichen zu können, dazu bedarf es constitutioneller Garantien. Herr v. Bennigsen hat auf den Ablauf des Militärseptennats angespielt.

Die Wehrkraft Deutschlands in Frage zu stellen, fällt keiner ansehnlichen Partei im Hause bei; aber die wirthschaftlichen Kräfte sind auch ein Theil der Wehrkraft und darum müssen die militärischen Interessen mit den wirthschaftlichen in Einklang gebracht werden. An dieser Abmessung wollen wir den Vertretern des Volkes, welches Gut und Blut aufzubringen hat, vollen Antheil geben. Um diese constitutionelle Frage, die Frage des Vertrauens der Regierung zum Reichstage, nicht um die Wehrkraft Deutschlands bewegte sich hier der Kampf. Auch ein Theil der Nationalliberalen ist für die constitutionellen Rechte zuerst eingetreten und hat das Septennat nur mit innerem Widerstreben angenommen. Will Herr v. Bennigsen jetzt ein neues Septennat der Regierung, die auch heute noch nicht unsere constitutionellen Ansprüche anerkennt, etwa zugestehen? Dann haben wir doppelt Veranlassung, die constitutionellen Rechte, die wir haben, auf's Aeußerste zu vertheidigen. Soll etwa die Präsenzstärke demnächst noch mehr erhöht werden? Dann würden wir erst recht nicht Einnahmen bewilligen, bevor die Ausgaben bewilligt sind. Die Regierung leugnet die Nothwendigkeit eines Einnahmebewilligungsrechts für den Reichstag, wie es jetzt durch die Matricularbeiträge repräsentirt wird. Die Erhaltung desselben ist aber noch wichtiger, als die Erlangung eines solchen Rechtes in Preußen. Die Frage des Steuererlasses in Preußen ist nicht gleichbedeutend mit der Erlangung des Einnahmebewilligungsrechtes daselbst. Herr Lucius meint, wir sollten der neulichen Erklärung des Fürsten Bismarck in Bezug auf Steuererleichterungen in Preußen trauen; aber Fürst Bismarck hat neulich, als er über seine Organisationspläne binnen 8 Tagen Entgegengesetztes ausgesprochen und der Abg. Lasker ihm das vorhielt, gesagt: Einem Minister dürfe man nie Widersprüche vorhalten; er könne, „wenn er gerade nicht in guter Stimmung ist", um klar zu urtheilen, vielleicht die größte Albernheit reden. (Heiterkeit.)

Es kommt allerdings nicht auf die Aufhebung des Verfassungs-Artikels 109 in Preußen an, sondern darauf, daß es durch Schaffung von Steuern, welche an sich und von Jahr zu Jahr bewilligt werden, gegenstandslos wird. Seit 1865 verlangen in Preußen die liberalen Parteien Quotisirung der Klassen- und Einkommensteuer. Man wird aber auch Grund- und Gebäudesteuer quotisiren müssen, um größeren Spielraum zu Steuererlassen zu erhalten. Minister Hofmann nennt diese Vorlage den ersten praktischen Schritt zu einer großen Steuerreform. Schon seit Jahren sind alle Steuervorlagen immer so bezeichnet worden. Wenn Herr Hofmann jene früheren heute nicht mehr als praktische Schritte anerkennt, so wird er diese Vorlage später vielleicht auch für unpraktisch halten. (Heiterkeit.) Nicht eine nationale, sondern eine fiscalische Finanzpolitik ist ihr Ziel. Mit Recht hat Herr v. Bennigsen stets die Nothwendigkeit eines selbstständigen, verantwortlichen Reichsfinanzministers im Zusammenhang mit einer Steuerreform betont. Die neueren Organisationen haben uns von der Erfüllung dieser Vorbedingung nur weiter entfernt. Man hat sich wohl damit getröstet, bedeutende, in ihrem Handeln selbstständige Staatsmänner von eigener Kraft und Genialität könnten durch ihre Person ersetzen, was dem Amte fehlt. Nun hat offenbar die Art, wie der Reichskanzler Minister vor der Front der Volksvertretung behandelt, wie er schon Minister, mit denen er Jahre lang, wie wir glauben, im besten Einvernehmen gestanden, nach dem Austritt aus dem Amte kritisirte, bewirkt, daß der Kreis selbstständiger, selbstbewußter Personen, die unter ihm als Minister aushalten (Heiterkeit) oder Ministertitel empfangen wollen, viel kleiner geworden ist. Mit Recht haben die Nationalliberalen als Vorbedingung zu neuen Steuern stets auch persönliche Garantien verlangt. Der Verlauf der bekannten Verhandlungen hat aber meine im Abgeordnetenhause bereits Ende October ausgesprochene Ansicht bestätigt, daß es dem Fürsten Bismarck nur darauf ankam, einen nationalliberalen Minister zu erhalten, um die Steuerkastanien aus dem Feuer zu holen, mehr Steuern zu erhalten, als ihm ein conservativer Minister vermitteln konnte.

Gewährt nun Herrn v. Bennigsen die Persönlichkeit des Herrn Hobrecht die verlangte „vertrauenswürdige Finanzleitung?" Es wäre Unrecht von mir, Herrn Hobrecht heute anzugreifen; ich werde abwarten, ob und wie weit er eine selbstständige politische Bedeutung in der gegenwärtigen Situation überhaupt in Anspruch nimmt und danach mein Verhalten einrichten. (Heiterkeit.) Bei uns herrscht nur das persönliche autokratische Regiment des Reichskanzlers. Dasselbe hat mit jeder Organisationsänderung und dem Personenwechsel nur zugenommen. Niemals hat selbst im absolutistischen Preußen eine Person eine so tief in alle Details, die ihn überhaupt interessiren, eingreifende Verwaltung gehabt, wie Fürst Bismarck. (Sehr richtig.) Ich weiß nicht, ob die Herren Minister sich bei dieser Vorlage ebenso verwaist vorkommen, wie sie auf mich einen verwaisten Eindruck machen. (Große Heiterkeit.) Die Debatte ist gewissermaßen nur Redeturnier; wir werfen Speere nach Köpfen, die wohl ein gewisses Ziel markiren, aber selbst nicht angegriffen werden sollen. Wäre es nicht ganz gleichgiltig, wer von den Herren spricht, so könnte man sich darüber aufhalten, daß statt des Finanzministers der Präsident des Reichskanzleramts redet, obgleich Fürst Bismarck neulich uns dargelegt, daß im Reichskanzleramt zur Vertretung solcher Vorlagen die entsprechende Sachkenntniß gar nicht vorhanden sei. (Große Heiterkeit.) Aber gleichgiltig, wer spricht; die Herren finden in dem Reichskanzler ihre Uebereinstimmung. Auf seinen Willen kommt Alles an. Da der Reichskanzler bedauerlicherweise nicht anwesend sein kann, sollte, meinem Gefühl nach, über solche Vorlagen hier überhaupt nicht verhandelt werden; da der Reichskanzler die Alles bestimmende Person ist und darum die Tapferkeit gegen die sogenannten kleinen Minister mir nicht am Platze scheint, kann die Persönlichkeit des Reichskanzlers nicht außer Discussion gelassen werden. Seit 2½ Jahren befindet sich der Reichskanzler im offenen Kampf gegen die Majorität der Volksvertretung, beziehungsweise gegen die liberalen Parteien.

Seine Strafgesetznovelle, seine Sistirung der Verwaltungsreform in Preußen, die Nichtvorlage der Städte-Ordnung, seine Zollvorlagen, das Reichseisenbahnproject, das Tabaksmonopol, sein letztes Auftreten im preußischen Abgeordnetenhause, das sind Alles verschiedene Stadien desselben großen Feldzuges, den er mit der ihn kennzeichnenden Offenheit — leider findet diese Offenheit noch immer nicht den verdienten Glauben (Heiterkeit) — wiederholt dargelegt hat. Im Abgeordnetenhause erklärte er, zum Posten eines Finanzministers gehöre großer Muth gegenüber der Stellung, welche die Majorität des Reichstages gegenüber seinen Steuerreformen eingenommen. Indem er den neuen Finanzminister als Kampfminister einführte, kündigte er zugleich eine von der bisherigen durchaus verschiedene Finanzpolitik an. In den Osterferien kamen dann weitere stumme Signale. Die ganze Reptilienpresse, die „Prov.-Correspodenz" an der Spitze, wurde gegen die nationalliberale Partei losgelassen, als wenn sie ganz persönliche Reichsfeinde wären. (Anhaltende große Heiterkeit.) Uns ist ja das auch oft passirt; aber sie haben es doch am Wenigsten verdient, namentlich wenn ich bedenke, wie hart sie noch im letzten Winter die von uns angeregten Fragen des Reptilien-Fonds behandelt haben. (Heiterkeit.) Indem man Sie als die ausschlaggebende Partei und damit die Majorität des Reichstages angreift, schädigt man die Autorität der parlamentarischen Institution selbst. (Sehr richtig) Es ist doch nicht etwa ein Versehen gewesen, daß einer der Wächter der Meute des Reptilienfonds die Thür offen gelassen (Heiterkeit) und die Meute nun eine falsche Richtung im Laufe eingeschlagen.

Es ist ja allgemein bekannt, daß hier der Reichskanzler selbst die maßgebenden Stichworte ausgiebt und auch selbst wieder zurückpfeift (Heiterkeit), wenn die Meute wieder ablassen soll. Mögen Sie (die Nationalliberalen) immerhin noch Vertrauen zum Reichskanzler haben oder noch Hoffnungen aufpflanzen, das thut ja der Deutsche gern; daneben rathe ich Ihnen doch, auch Ihr Pulver trocken zu halten. (Sehr gut.) Eine solche politische Situation, bei der außerdem auf dem Steuergebiete alle Voraussetzungen für eine Uebereinstimmung in der Politik fehlen, rechtfertigt in so verfänglichen Sachen keinerlei zustimmendes Votum für die Regierung. Im günstigsten Falle schadet das Votum nichts. Dem Volke gegenüber trägt die zweifelhafte Haltung nicht zur Klarheit bei. Formell kann ich es ja begreifen, wenn man irgend einen Mittelweg einschlagen, nicht Alles rundweg ablehnen will, um einem heftigen Anprall zu begegnen. Unter Umständen aber kann eine solche Haltung mißverstanden, als Schwäche oder Nachgiebigkeit ausgelegt werden und dann, wie wir dies in Preußen schon einmal erfahren, erst recht zum Conflict führen. Sagt man erst ein Viertel Ja und kommt nachher doch nothgedrungen zum ganzen Nein, so klingt das nachher um so schroffer. Beiderseitige Klarheit von vornherein läßt den Conflict am ehesten vermeiden. Darum werden wir die Vorlage, gleichgiltig, welche Gestalt sie in zweiter Lesung annimmt, rundweg ablehnen. (Beifall links.)

Bundesbevollmächtigter Finanzminister Hobrecht: Der letzte Redner hat eine Aeußerung des Fürsten Reichskanzler angeführt: es sei Unrecht, von Jemand zu fordern, daß er bei der Meinung, die er ausgesprochen habe, stehen bleibe. Es ist wohl möglich, daß er etwas Aehnliches gesagt hat. Aber sicherlich hat er nicht gesagt, daß es überflüssig sei, Versprechen zu halten. Der Vorredner hielt es nicht für angemessen, den preußischen Finanzminister anzugreifen. Nichts desto weniger hat er seinen Angriff gegen mich — Sie werden mir das zugeben — in einer persönlich möglichst verletzenden Weise erhoben (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links), in einer Weise, die doppelt schwer eine Beantwortung zuläßt, weil sie verflochten war mit Angriffen auf den leider abwesenden Reichskanzler. Ich stehe Ihnen hier nicht so unbefangen gegenüber, wie etwa im preußischen Landtage als preußischer Minister, aber ich bin nicht gesonnen, der persönlichen, mich für meinen Antheil an den Verhandlungen treffenden Verantwortung irgend jemals auszuweichen. (Beifall rechts.) Ich war bei der Vorbereitung dieser Vorlage nicht betheiligt und sehe mich daher selbstverständlich außer Stande, sie in allen Einzelnheiten und in der Färbung der Motive zu vertheidigen. Ich weiß aber das eine, was der Präsident des Reichskanzleramtes bereits ausgeführt hat. Die verbündeten Regierungen erblicken in der Annahme dieser Vorlage keineswegs eine Zustimmung zu irgend einer bestimmten Methode der höheren Heranziehung des Tabaks; sie erblicken in der Vorlage nichts als das Mittel, zu einer möglichst unbefangenen, sicheren und zuverlässigen Uebersicht und Darlegung der wirthschaftlichen Lage derjenigen Zweige des Handels und der Industrie, auf die es ankommt, zu gelangen, um mit voller Freiheit sich dann über die Methode der Besteuerung zu entscheiden.

Ich habe die Meinung, daß es auch im Interesse des Reichstages liegt, wenigstens nicht von vornherein dieser Absicht der Regierung entgegen zu treten; ich meine auch, daß es im höchsten Maße im Interesse der Betheiligten liegt, die vorgeschlagene Untersuchung, mit der Zwangsverpflichtung zur Declaration, möglichst bald durchgeführt zu sehen. Denn so wenig man auch versprechen kann, daß mit einer einmaligen Veränderung der Besteuerung ein Ende erreicht sei, so kann man doch sagen, daß die Beunruhigung, unter der gegenwärtig die Interessenten leiden, auf keine andere Weise zu Ende geführt werden kann, als wenn endlich einmal eine gründliche Darlegung ihrer Verhältnisse und ein sicheres, nicht zu bestreitendes Urtheil erreicht wird. So weit mir der Gang der Vorberathungen bekannt ist, glaube ich, daß die Regierungen gern bereit sein werden, die Hand zu bieten zu Modificationen im Einzelnen, durch die etwa Bestimmungen beseitigt werden, die möglicher Weise einen Mißbrauch dieser Untersuchung herbeiführen könnten und zur Annahme von Bestimmungen, die solchem Mißbrauch vorbeugen. Was meine persönliche Stellung angeht, so bemerke ich: Es braucht mir nicht gesagt zu werden, daß ich nicht im Stande sein werde, das Geringste in dieser Sache zu fördern, ohne die entschiedene Beihilfe und Unterstützung der Volksvertretung. Ich weiß zwar, daß die Aufgabe, an der ich mitarbeiten soll, eine schwere, aber auch eine wahrhaft volksthümliche ist; ich weiß auch, daß meine Arbeit nicht verloren sein, sondern vielleicht von einem geschickteren Nachfolger benutzt werden wird, aber ich gehe mit der Hoffnung an diese Arbeit, daß die Majorität des Reichstages, der ja bei dem Ausbau der Reichsgesetzgebung schon manche große Schwierigkeit überwunden hat, in diesem Falle dem Bundesrath und den verbündeten Regierungen nicht fehlen wird. (Beifall rechts.)

Abg. v. Kleist-Retzow: Es handelt sich in diesem Gesetze nur um die Vorbereitung für eine spätere Finanzmaßregel, nicht um eine Entscheidung der Frage selbst. Die Stellung der conservativen und der nationalliberalen

Partei ist die allein richtige; man darf das Gesetz nicht a limine abweisen. Das Reich hat seine bestimmten Aufgaben, seine Bedürfnisse müssen befriedigt werden. Deutschland muß wehrhaft sein, um seinen Feinden entgegentreten zu können. Denn wenn man jetzt Deutschland von allen Seiten angeht, es solle die Vermittlerrolle übernehmen, so thut man es nur, weil man weiß, daß Deutschland seine Interessen auch energisch vertreten kann. Der wirthschaftliche Zustand Deutschlands ist ungünstiger, als der Frankreichs und Englands; wenn daher das Reich seine Einnahmen vermehren will, so soll man der Regierung die vorbereitenden Mittel zu diesem Zwecke nicht versagen. Wenn das Reich in den indirecten Steuern die fruchtbarsten Finanzquellen erhalten hat, so hatte man eben das Vertrauen, daß es diese Quellen möglichst nutzbar machen werde, um den Einzelstaaten die Möglichkeit zu geben, von dem Druck der Matricularbeiträge aufzuathmen. Das Reich hat in dem Tabak, der bei uns nicht genügend besteuert ist, ein Mittel, um die ausgiebigen Steuern zu erzielen, die zu seiner Erhaltung nothwendig sind. Der Abg. Richter will in consequenter Weise immer nur den Spiritus höher besteuern, nie den Tabak, und doch sind beide Nervenreizungsmittel, wobei noch zu bemerken ist, daß der Spiritus auch zu gewerblichen Zwecken verwendet wird. Früher haben sich die Nationalliberalen ausdrücklich dagegen verwahrt, in Steuerfragen eine Initiative zu ergreifen; heute greifen sie durch Ausschließung des Monopols von der Enquete selbst in das Recht der Regierung zur Initiative ein. Es ist kein Grund vorhanden, weshalb man zu unserer jetzigen Reichsfinanzverwaltung kein Vertrauen haben soll.

Der Unruhe in der Industrie können wir nur ein Ende machen, wenn wir der Regierung die Mittel bewilligen, mit denen sie die vorbereitenden Schritte machen kann, zu einer endgiltigen Vorlage, die einer so beklagenswerthen Beunruhigung ein Ende macht. Sachverständige muß man natürlich bei dieser Enquete heranziehen; Zwangsmaßregeln sind in gewisser Weise nothwendig, ähnlich wie bei dem Nahrungsmittelgesetz, wo nur keine Gefängnißstrafe verhängt werden. Die großen Fabrikanten wird man durch Geldstrafen zu den erforderlichen Angaben veranlassen können. Die Angaben der kleineren Fabrikanten sind im Ganzen so unwesentlich, daß wir um ihretwillen nicht zur Gefängnißstrafe zu greifen brauchen. Auch wird man Garantien schaffen müssen, daß die Enquetebeamten nicht mit den zu ihrer Kenntniß gelangten Angaben Mißbrauch treiben können. Wir entscheiden uns weder für das Monopol, noch für die Fabrikatsteuer, sondern wollen eine Enquête nach beiden Seiten. Gleichwohl hat das Monopol nicht so schlechte Seiten und keineswegs ist der Minister Delbrück ein absoluter Gegner desselben. In Oesterreich und Frankreich herrscht das Monopol und Niemand will es dort abschaffen; auch die deutsche Bevölkerung des Elsaß und der deutschen Kronländer Oesterreichs war demselben durchaus nicht feindlich. Die Mißstände des Monopols lassen sich durch eine verständige Verwaltung auf ein Minimum reduciren. Dagegen bedeutet die Fabrikatsteuer ein System der Defraudation und der Denunciation und die Monopolisirung der Tabakindustrie in den Händen einzelner Großcapitalisten. Lassen Sie uns alle zusammen wirken, um unsere Finanzen so zu gestalten, daß bei den Berathungen des Budgets keinerlei Reibungen mehr vorkommen können. (Beifall rechts.)

Reichskanzleramtspräsident Hofmann: Gestatten Sie mir, die Opposition der Herren Schorlemer und Richter kurz zu charakterisiren. Sie verlangen von der Regierung eine Steuerreform und verweigern derselben die Mittel, sich über den Hauptpunkt einer solchen Reform die nöthige Aufklärung zu verschaffen. Diese Herren verlangen Ruhe für die Industrie und verweigern die Mittel zur Anbahnung einer Vorlage, welche diese Beruhigung herbeiführen kann. Bei der nächsten Berathung des Budgets werden die Herren Abg. Richter und wir alle wieder vor der Frage stehen, ob man den Ausfall in den Einnahmen des Reichs durch Erhöhung der Matricularbeiträge oder der eigenen Einnahmen des Reichs decken sollen, da uns nicht mehr wie in diesem Jahre außerordentliche Fonds als Deckungsmittel zu Gebote stehen werden. Dann werden wir noch einen Conflict haben und diese selbe Unsicherheit wird Platz greifen. Dagegen kann ich meine Freude darüber ausdrücken, daß die Partei des Abg. v. Bennigsen in so vielen Punkten mit den Intentionen der Regierung übereinstimmt. Beide wollen Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reichs auf dem Wege der indirecten Steuern, wozu der Tabak ein geeignetes Object ist. Die Frage der constitutionellen Garantien hat der Abg. von Bennigsen mit Recht aus der Discussion über diese Vorlage ausgeschieden; sie gehört vor das Forum der Einzelstaaten. Die Zuziehung von Sachverständigen, sowie die Entsendung von Commissarien nach Amerika ist Seitens der Reichsregierung in Aussicht genommen. Die einzige Differenz besteht darin, daß sich die nationalliberale Partei bereits gegen das Monopol entschieden hat, während die Regierung sich zu einer Entscheidung noch nicht genügend informirt glaubt und die Vorlage erst das Material hierfür beschaffen will. (Beifall rechts.)

Abg. v. Stauffenberg: Es ist ein eigenthümliches Zusammentreffen, daß die Regierung das vorgelegte Tabaksteuergesetz noch nicht zurückgezogen hat, obwohl sie mit dieser Vorlage zugiebt, daß sie über die Verhältnisse der Tabakindustrie gar nicht informirt ist. Die Motive der Vorlage lassen die Art der Besteuerung nicht offen; sie kennen nur zwei Eventualitäten, das Monopol oder die Fabrikatsteuer. Die Entsendung von Commissarien nach Amerika fällt ganz außerhalb des Rahmens dieser Vorlage, die offenbar ausschließlich einen bestimmten Gegenstand eines Enquetegesetzes ist. Dieses Gesetz bezweckt nur statistische Erhebungen. Allerdings kann die Regierung auf Grund eines jeden Gesetzes eine Enquete veranstalten, aber wenn sie dazu die gesetzliche Ermächtigung gebraucht, würde sie eine solche auf Grund dieses Gesetzes nicht haben. Das hier beabsichtigte statistische Material ist auch für die Zwecke, welche man damit verbindet, vollständig unzureichend. Die Tendenz dieser Vorlage, deren Text und Motive erst jetzt begründet zu sein scheinen, ist von dem Reichskanzler und dem Minister Camphausen bei der ersten Lesung der Steuervorlagen ganz klar bezeichnet worden; es soll die juristische Grundlage für die Entschädigungsbemessung bei der Einführung des Monopols sein. Mit diesem Gesetze wollte uns der Reichskanzler zwingen, Stellung zu der Frage zu nehmen. Nachdem der Bundesrath die exorbitante Bestimmung, betreffend die Geschäftsbücher, zugelegt und man äußerlich die Fabrikatsteuer eingefügt hat, sollen wir diese Vorlage für ein unschuldiges Enquetegesetz halten sollen, das vom Monopol nicht die leiseste Spur zeige.

Es ist einfach unmöglich, die Bedingungen dieses Gesetzes zu erfüllen. Die kleinen Fabrikanten, welche kein Buch führen, werden auf die Fragebogen der Enquete gar keine Auskunft geben können. Ueber die volkswirthschaftliche Tragweite und Wirkung der Tabaksteuer wird man auf diesem Wege keinen Aufschluß erhalten. Wir wollen der Regierung die Mittel zu einer allgemeinen Enquete über Tabakbau, Tabakfabrikation und Tabakhandel unter Streichung aller vexatorischen Bestimmungen bewilligen. Denn durch die Bestimmungen dieser Vorlage über die Spionage und von dem Untersuchungsrecht über den Nachweis, daß die Enquetebeamten solche Angaben gemacht hätten, ist eine solche Machtbefugniß zum Eingriff in private Erwerbsverhältnisse gegeben, wie sie bisher bei uns unerhört war und nicht im Entferntesten mit den Bestimmungen des Nahrungsmittelgesetzes, namentlich wie es sich aus den Beschlüssen der Commission gestaltet hat, verglichen werden können. Wenn der Reichskanzleramtspräsident Hofmann gesagt hat, er sei mit Herrn von Bennigsen vollkommen einverstanden, so ist das in gewisser Beziehung richtig. Wir wollen die Bedürfnisse des Reichs (Heiterkeit), wir haben nur gegen den Weg, auf welchem das Reich diesen Bedürfnissen nachgeben dürfe, durch indirecte Steuern befriedigen, wir halten alle den Tabak für besteuerungsfähig; wir verlangen constitutionelle Garantien, das ist schon ein Punkt, wo die Einigkeit aufhört (Heiterkeit), und wenn es sich um die Besteuerungsform handelt, dann ist von Einigkeit gar keine Rede mehr.

Zu bedauern ist es, daß diese Sachen alle vom grünen Tische ohne Zuziehung von Sachverständigen gemacht werden. Der Präsident Hofmann hat allerdings gemeint, die Zuziehung von Sachverständigen sei nicht ausgeschlossen, aber das genügt nicht. Die Sachverständigen haben ein Recht gehört zu werden und müssen gehört werden, und die Regierung bedarf ihres Rathes. Man müßte bedenken, ob man nicht positiv im Gesetze vorschreiben könnte, worauf sich die Enquete zu erstrecken habe. Aber eine Enquete ist nothwendig, wenn wir mit Erfolg in diesen Dingen weiter berathen sollen. Mit der Beendigung der Enquete wird die Industrie noch nicht zur Ruhe kommen; das kann nicht eher geschehen, als bis wirklich eine gesetzliche Entscheidung getroffen ist. Wir wollen kein Gesetz, welches das Monopol voraussetzt; eine Fabrikatsteuer mit Erträgen, die denen des Monopols sich nähere, ist ein Nonsens. Wir wollen der Regierung sagen, welchen Weg wir nicht gehen wollen. Wir bezeichnen als eine der zu vermeidenden Klippen das Monopol, welches nicht blos von der Majorität des Reichstages, sondern auch von der Mehrheit des deutschen Volkes verworfen wird. Wir haben eine blühende Tabaksindustrie, wie kein anderer Staat, die wir ohne statistische Erhebungen beurtheilen können. Wenn man aber immer von der Tabaksindustrie als einer alleinstehenden, aus dem Ganzen sich herausschälenden spricht, so ist das ein Irrthum; sie hat bedeutende Hilfsindustrien: In Hanau z. B. befinden sich 15 Cigarrenkisten-Fabriken, die 41 Comptoirarbeiter und 629 Arbeiter beschäftigen; es werden jährlich 439,600 Mark Arbeitslohn gezahlt; das Betriebscapital beträgt 2,309,000 M., der Werth der Fabriken 1,485,000 M., des Rohmaterials 1,657,000 M. und der Fabrikate 2,537,000 M.

Wenn man einmal die Bahn des Monopols beschritten hat, dann giebt es keine Rückkehr, wenn man sich dann in den Erwartungen getäuscht, dann haben wir die Fabriken alle auf dem Halse und eine Menge von Arbeitern brotlos gemacht. In dieser Hinsicht hat das Monopol eine verhängnißvolle Aehnlichkeit mit dem Reichseisenbahnproject. Gefreut hat es mich, daß man gesagt, im Reichstage dürften sich keine wirthschaftlichen Parteien bilden. Wenn die schutzzöllnerischen Interessenten sich anheischig gemacht haben, für das Monopol zu wirken, so heißt das doch nur: Schützest du meine Industrie, dann kannst du die Tabaksindustrie mit Haut und Haar bekommen! (Sehr richtig!) Wenn sich derartig die Interessentengruppen bildeten, dann würde der allerschlimmste Egoismus und die politische Charakterlosigkeit herrschen, und auch die politische Freiheit dürfte in Gefahr kommen. Wenn die Phantasmagorien, die uns officiös vorgegaukelt werden, unerfüllbare Hoffnungen erwecken, so wird die ganze deutsche Nation in einen Zustand der Verwirrung gestürzt werden, vor dem es mir graut und vor dem es auch der Regierung grauen wird. Sie hat dann die Geister berufen und kann sie nicht wieder bannen. Deshalb ist es gut, an dieser Stelle einmal zu sagen: caveant consules. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Reichensperger (Olpe): Was soll daraus werden, wenn alle Abgeordneten für eine höhere Besteuerung des Tabaks sich aussprechen, aber keiner für eine höhere Besteuerung oder einen höheren Zoll stimmt? Man wird dann doch wohl unsern Rath befolgen und von einer so rapiden Vermehrung der Ausgaben ablassen müssen, die Herr Lucius als selbstverständlich zu betrachten scheint. Wenn Herr v. Kleist-Retzow auf die Orientwirren angespielt hat, so hätte er das lieber unterlassen sollen; denn es ist das Demüthigendste darauf hinzuweisen, wo der Reichstag absolut gar keinen Einfluß, nicht einmal eine genaue Kenntniß erhält. Wenn Herr v. Bennigsen gemeint, man könne hier nur die Stellung des Reichstages regeln, das Einnahmebewilligungsrecht in den Einzelstaaten müsse in den betreffenden Landtagen geordnet werden, so muß ich dagegen entschieden protestiren. Wenn das Reich den Einzelstaaten eine Erleichterung durch Aufhören der Matricularbeiträge zu Theil werden läßt, so muß es als Körper höherer politischer Ordnung dafür sorgen, daß das Einnahmebewilligungsrecht der Einzellandtage mindestens für den Betrag der Matricularbeiträge reichsgesetzlich fixirt wird. Wenn man gesagt hat, wir hätten schon ein Ausgabebewilligungsrecht, dann erinnere ich nur an die Conflictszeit, um eine solche Annahme vollständig auszuschließen.

Damit schließt die erste Lesung.

Schluß 4¾ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Rechtsanwaltsordnung.)

Berlin, 10. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Corvetten-Capitän Kupfer, Commandeur der Matrosen-Artillerie-Abtheilung der 1. Matrosen-Division, den Rothen Adler-Orden 4. Klasse; dem Garnison-Verwaltung-Inspector a. D. Modrach zu Breslau den Königlichen Kronen-Orden 4. Klasse; sowie dem Schullehrer und Küster Schmoock zu Pustow im Kreise Grimmen und dem Steueraufseher Richter zu Zossen im Kreise Teltow das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat den Regierungsrath Adolph v. Kügelgen zum Geheimen Regierungsrath und vortragenden Rath im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ernannt.

Se. Majestät der König hat die Kreisrichter Jäckel in Burg, Herzbruch in Genthin, Schmid in Wernigerode, Heyland und Dierickx in Recklinghausen, Cönen und Wippermann in Tecklenburg, Antz in Hagen, Müller in Hattingen, Hesse in Hagen, Langsdorff in Dortmund, Fischer in Linz a. Rh. und Kempf in Dierdorf zu Kreisgerichts-Räthen, die Amtsrichter Wulf in Segeberg, Jürgensen in Rödding, Möller in Marne, Eitzen in Heide, Matthiessen in Cismar, Löck in Schönberg, Rieß in Hofgeismar, Klapp in Nieder-Wildungen, Dilthey in Biedenkopf, Geisel in Idstein, Meyer in Osnabrück, Graf von Schweinitz in Liebenburg und von Hinüber in Nienburg zu Ober-Amtsrichtern, die Ober-Gerichts-Assessoren Braunbehrens und von Bülow in Celle, von Reden in Lüneburg, von Hassell in Celle, Schliephacke in Göttingen, Dr. Fabricius in Osnabrück, Siemens in Aurich und Dr. Schmidt in Hameln zu Ober-Gerichts-Räthen und den Landgerichts-Assessor Kaulen in Düsseldorf zum Landgerichtsrath ernannt.

Berlin, 10. Mai. [Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] kam gestern Mittag um 12 Uhr von Potsdam nach Berlin und besichtigte gegen 1 Uhr unter Führung des Ministers für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten Dr. Friedenthal und des Ritterschafts-Directors von Wedell-Malchow die Mastvieh-Ausstellung auf dem Viehmarkt. Nachmittags um 2¼ Uhr nahm Se. Kaiserliche Hoheit militärische Meldungen entgegen und ertheilte sodann dem Kaiserlichen Gesandten im Haag, Freiherrn von Canitz, Audienz. Um 3 Uhr wohnte Höchstderselbe der Leichenfeier des verstorbenen Generals von Brese-Winiary bei, empfing demnächst um 4½ Uhr den Gesandten der Vereinigten Staaten von Amerika, Bayard Taylor, in Antrittsaudienz und folgte um 5 Uhr der Einladung Sr. Majestät des Kaisers und Königs zum Diner. Abends um 9 Uhr kehrte Se. Kaiserliche Hoheit nach dem Neuen Palais bei Potsdam zurück. (R.-A.)

⊙ **Berlin**, 10. Mai. [Gesetz über Vollzug der Freiheitsstrafen. — Stellvertreter des Ober-Präsidenten von Westpreußen. — Zollregulativ für die nach dem Inland zurückkehrenden Waaren. — Eisenbahnen in Preußen und in England.] Im Reichs-Justizamt ist bekanntlich der Entwurf eines Gesetzes über den Vollzug der Freiheitsstrafen ausgearbeitet; durch denselben wird auch die seit Jahren erörterte Frage zur Entscheidung kommen, ob die Leitung der Gefängnisse und Strafanstalten künftig der Justiz-Verwaltung oder dem Minister des Innern zugewiesen werden soll. Es finden darüber z. Z. erneuerte Erwägungen in der Staatsregierung statt. — Zum Vice-Präsidenten der Regierung zu Danzig und damit zugleich zum Stellvertreter des Ober-Präsidenten von Westpreußen ist der bisherige Ober-Regierungsrath und Dirigent der Abtheilung des Innern bei der Regierung in Danzig, Herr von Salzwedel, ernannt. — Auf Grund eines Beschlusses des Bundesraths vom 25. März ist nunmehr ein Regulativ über die zollamtliche Behandlung von Waarensendungen aus dem Inland durch das Ausland nach dem Inland den Behörden zur Kenntniß und Nachachtung übersandt worden. Dasselbe tritt mit dem 1. Juli d. J. in Kraft. — Der Zusammenstellung der Ergebnisse des Betriebes der englischen und preußischen Eisenbahnen im Jahre 1876, welche das „Archiv für Eisenbahnwesen" veröffentlicht und deren wir bereits erwähnt haben, entnehmen wir noch folgende vergleichende Zahlen: Die Gesammtlänge der Eisenbahnen betrug im vereinigten Königreich 27,164 Kilom., in Preußen 17,556 Kilom. Von letzterer Zahl kommen auf Staatsbahnen 4659, auf Privatbahnen unter Staatsverwaltung 2955, auf Privatbahnen 9942 Kilometer. Das Gesammt-Nominalcapital betrug für die Eisenbahnen Ende December 1876 in Großbritannien 13,164,295,520 M., in Preußen 4,889,434,664 M., letztere Summe zeigt gegen das Jahr 1875 eine Zunahme von 310,783,022 M.

Berlin, 10. Mai. [Der Fall Kalthoff.] Die Kreuzzeitung meldet: In der Disciplinarsache des Pfarrers Kalthoff aus Nickern hat, wie man hört, gestern das vereinigte Collegium des königl. Consistoriums und des Provinzial-Synodal-Vorstandes für Recht erkannt, daß der Angeschuldigte wegen Verletzung wesentlicher Amtspflichten des Pfarramtes zu entsetzen sei. Kalthoff soll in dem Termine anwesend gewesen sein und sich selbst in einer anderthalbstündigen Rede vertheidigt haben.

Provinzial-Zeitung.

□ **Breslau**, 10. Mai. [Humboldt-Verein für Volksbildung] In der gestern Abend stattgefundenen ersten Sitzung des neugewählten Ausschusses, welche Herr Realschullehrer Dr. Schumann leitete, wurde zunächst zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Es wurden in denselben gewählt die Herren: Stadtrath Hüllebrand, Dr. med. Jul. Steinitz, Buchhändler Priebatsch, Dr. Schumann, Standesbeamter Graf Dyhern, Bürgerschullehrer Dr. Schieweck und Redacteur Bauer. Da die Herren Hüllebrand und Bauer wegen Krankheit in der Sitzung nicht hatten erscheinen können, so konnte die Constituirung des Vorstandes nicht sofort erfolgen. — Die in der General-Versammlung gewählten Mitglieder des Ausschusses haben die Wahl sämmtlich angenommen. — Ueber die Verwendung des aus dem letzten Vereinsjahr verbliebenen Kassenbestandes hat nach den Statuten die General-Versammlung zu entscheiden. Es wird zu diesem Zweck demnächst eine außerordentliche General-Versammlung berufen werden. — Die nächste Monats-Versammlung findet am 23. Mai statt. Herr Dr. Schumann wird in derselben einen Vortrag halten über Wechselwirkung von Insecten und Blumen; Herr Conservator Tiemann giebt ein Referat aus dem Thierleben. Derselbe zeigte in der Sitzung einen im Winterschlaf liegenden Siebenschläfer. — Zum Delegirten des Vereins zu der am 11. Mai in Breslau stattfindenden General-Versammlung des schlesischen Provinzial-Verbandes der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung wurde Kaufmann Hofferichter gewählt.

* [Die vom G. Schneider'schen Reisebureau (Friedenau b/B.)] arrangirten Gesellschaftsreisen nach Paris zur Weltausstellung haben heute am 10. Mai mit der ersten Reise ihren Anfang genommen. Nächste Reise am 30. Mai d. J.

Görlitz, 11. Mai. [Dr. Strube †.] Die hiesigen Blätter melden: Gestern früh setzte ein plötzlicher Tod dem Leben eines unserer geachtetsten Mitbürger, des Herrn Professor Dr. Strube, ein Ziel. Namentlich die Oberlausitzer Gesellschaft der Wissenschaften, welcher der Verstorbene seit einer langen Reihe von Jahren angehörte und in der er ein Jahrzehnt lang bis zum Jahre 1875 die Functionen des Secretairs versehen hat, erleidet durch den Hingang des vortrefflichen Mannes einen schweren Verlust.

□ **Canth**, 8. Mai. [Der hiesige Verschönerungs-Verein] macht es sich zur Aufgabe, unsere Promenade und unseren Park dem Publikum zugänglich und angenehm zu machen, indem er Gänge anlegt und Bänke zum Ausruhen schafft. Dazu gehören aber Mittel. Um diese zu beschaffen, hatte das humoristische Quodlibet im Verein mit anderen hiesigen Damen und Herren zu diesem Zwecke eine Abendunterhaltung arrangirt, welche aus der Stadt und Umgegend so stark besucht war, daß nicht Alle Platz fanden und die Aufführung wiederholt werden mußte. Ueber die Zwecke und die Thätigkeit des Vereins gab ein Prolog Auskunft, welcher von Fräulein Dyrenfurth mit großem Verständniß und Talent vorgetragen wurde.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Versailles, 10. Mai. Der Senat genehmigte den Gesetzentwurf über den Rückkauf der Eisenbahnen.

Bukarest, 10. Mai. Die Regierung brachte in der Kammer einen Gesetzentwurf ein, welcher die Anwendung des Zolltarifes für die Producte Englands, Frankreichs, Belgiens, Hollands und Serbiens bis zum 1. Juli verschiebt.

Triest, 10. Mai. Der Lloyddampfer „Espero" ist gestern Abend mit der ostindischen Ueberlandpost aus Alexandrien hier eingetroffen.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Pest, 9. Mai. Der oberste Gerichtshof hat das gegen den slavischen Abgeordneten Miletics wegen Hochverraths gefällte Urtheil auf 5 Jahre Gefängniß bestätigt.

Berlin, 10. Mai. [Börse.] Unter den günstigen Auspicien, wie sie die politische Lage jetzt bietet, entfaltete sich auch an heutiger Börse ein ziemlich animirter Geschäftsverkehr, dessen Resultat in zahlreichen Cours-Erhöhungen ziffermäßigen Ausdruck gewinnt. Eine besondere Befriedigung rief eine Depesche des „H. T. B." aus London hervor, derzufolge die augenblicklich friedliche Situation lediglich der Vermittelung der deutschen Regierung zuzuschreiben sei. Der Verkehr zeigte fast auf allen Gebieten eine erfreuliche Zunahme, in erster Linie waren natürlich hiervon die Hauptspeculationspapiere getroffen. Oesterreichische Creditactien gingen sehr lebhaft um und die Notiz konnte wiederum eine nicht ganz unbedeutende Avance erzielen. Zu den Deckungen der Contremine gesellten sich heut schon vielfache Meinungskäufe. Franzosen und Lombarden blieben eher vernachlässigt. Die österreichischen Nebenbahnen blieben mäßig belebt, trugen aber eine sehr feste Physiognomie. Zu den beliebteren Devisen zählten wiederum Galizier, Josefbahn, Rudolfbahn, Elisabeth-Westbahn und Böhmische Westbahn. In den localen Speculationseffecten blieben die Umsätze klein. Wenn die Notirungen auch grade keine nennenswerthen Erhöhungen zeigen, so war doch die Stimmung auf diesem Gebiete eine recht feste. Es notirten Disconto-Commandit ult. 112¾—113¾, Laurahütte ult. 71⅛—72½. Sehr still blieb der Verkehr in den auswärtigen Staatspapieren und hielten sich auch die Notirungen fast durchgängig auf gestriger Höhe. Russische Werthe machten insofern eine Ausnahme, als sie lebhaft zu steigenden Coursen umgesetzt wurden. 5proc. Anleihe per ultimo 75⅞—76⅛—75⅞. Russische Noten per ult. 199¾—202¾—201¼. Preuß. und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Eisenbahnpriorit. behaupteten sich in guter Festigkeit, indeß blieb der Verkehr in diesen Werthen ziemlich belanglos. Nur einige einheimische Prioritäten, zu denen vorzugsweise Görlitzer zu zählen sind, zeichneten sich durch größere Umsätze aus. Auf dem Eisenbahnactien-Markte hatte sich die festere Stimmung von gestern erhalten und schien auch die Kauflust eine regere zu sein. Die rheinisch-westfälischen Speculationsdevisen hatten gegen gestern etwas niedriger eingesetzt, Halberstädter in guter Frage, auch Potsdamer, Stettiner und Anhalter beliebt, Görlitzer zogen etwas an, Ostpreußische Südbahn, Brest-Grajewo, Aachen-Mastrichter und Rhein-Nahe-Bahn beliebt und lebhaft. Von Stamm-Prioritäts-Actien zogen Halle-Sorauer und Rumänier etwas an. Bankactien sehr fest, aber in geringem Verkehr. Preußische Centralbodencredit höher und belebt, Berliner Handelsgesellschaft beliebt und steigend. Deutsche Bank erhöhte bei regem Geschäft die Notiz. Norddeutsche Grundcredit besser. Essener Credit steigend. Thüringische Bank höher. Brüsseler Bank zog etwas an, für Spritbank Wrede zeigte sich rege Frage. Breslauer Discontobank anziehend. Industriepapiere meist sehr ruhig, aber im Allgemeinen recht fest. Continental-Pferdebahn besser, Tivolibrauerei steigend, aus Friedrichshain zu höherer Notiz beliebt, Dessauer Gasanstalt erhöhte die Notiz. Von Maschinenbau-Actien waren Egells, Freund, Sudenburger höher. Oberschlesischer Eisenbahnbedarf sehr beliebt, Görlitzer Eisenbahnbedarf behauptete sich gut, Berliner Eisenbahnbedarf in guter Frage. Gelsenkirchen und Rhein.-Nassauisches Bergwerk höher, Mechernicher steigend, Hibernia und Lauchhammer matter.

Um 2½ Uhr: Reservirt. Credit 359, Lombarden 118,50, Franz. 418, Reichsbank 154, Disconto-Commandit 113,75, Laurahütte 72,50, Türken —, Italiener 71,10, Oesterr. Goldrente 59,75, do. Silberrente 54,10, do. Papierrente 51,40, Ungarische Goldrente —, 5proc. Russen 75,87, alte 76,50, Köln-Mindener 94,25, Rheinische 104,25, Bergische 70,37, Rumänen 27,80, Russische Noten 201,25.

Coupons-Course (nur für Posten). Amerik. Bonds-Cp. 4,155 bez., do Papier-Cp. 4,13 bez., Oest. Silb.-Rent.-Cp. 175 bez., do. Eisenb.-Cp. 175 bez., do. Papier-Rent.-Cp. 165,75 bez., Russ. Cp. 200 bez., Russ.-Engl. Anl.-Cp. 20,45 bez., Franz. Cp. 81,05—81 bez., Diverse engl. 20,24 bis 20,08 bez., Rum. Cp. — bez.

---

§ **Breslau**, 10. Mai. [Die Kohlenförderung] im Oberbergamtsbezirk Dortmund ergiebt nach einer uns vorliegenden statistischen Zusammenstellung für das erste Quartal des laufenden Jahres 91,078,945 Centner gegen 81,970,532 Centner im gleichen Quartal 1877, also für 1878 eine Mehrproduction von 9,108,413 Centner, obgleich in diesem Jahre nur 213 Zechen in Thätigkeit waren, 1877 dagegen 217. Abgesetzt wurden in den Monaten Januar, Februar und März d. J. 90,265,346 Centner, im Vorjahre 81,130,264 Centner, also dieses Jahr mehr 9,135,082 Centner. Die Zahl der Arbeiter betrug pro 1878 73,820, dagegen 1877 74,076, also im vorigen Jahre 247 mehr, woraus sich das überraschende Resultat ergiebt, daß bei geringerer Arbeiterzahl eine ganz wesentlich höhere Gesammtleistung, also auch verhältnißmäßig höhere Leistung des einzelnen Arbeiters sich herausstellt. — Der Geldwerth der Kohlen ist aber in diesem Jahre pro Centner um 2,34 Pf. zurückgegangen, er betrug im ersten Quartal 1877 25,69 Pf., im laufenden Jahre nur 23,35 Pf. Nicht so günstig stellt sich der Erfolg der ersten drei Monate d. J. im Vergleich mit den letzten drei Monaten 1877, denn in den letzteren wurden mehr gefördert 10,645,354 Centner, mehr abgesetzt 11,899,653 Centner, es wurden 2958 Arbeiter mehr beschäftigt und der Geldwerth betrug pro Centner 1,22 Pf. mehr, doch erklärt sich dieser Rückgang im laufenden Jahre dadurch, daß eine große Anzahl Zechen im Januar d. J. eine Convention auf Reduction der Förderung um 10 pCt. abgeschlossen haben. Der Zweck dieser Uebereinkunft, Hebung des Preises, ist allerdings, wie sich aus Obigem ergiebt, bis jetzt nicht erreicht worden.

Für die 53 Hüttenwerke des Oberbergamtsbezirks Dortmund stellt sich bei Vergleichung der Rohproduction des ersten Quartals 1878 gegen die des gleichen Zeitraums 1877 eine erfreuliche Zunahme zu Gunsten dieses Jahres heraus, allerdings ist dieselbe größtentheils nur durch Uebernahme von in Submission vergebenen Arbeiten zu so gedrückten Preisen erzielt worden, daß von Verdienst kaum die Rede sein kann und auch nur sehr niedrige Arbeitslöhne gezahlt werden können. Die Mehrproduction in dem bezeichneten Quartale dieses Jahres betrug an Roheisen 285,052 Centner, an Puddelofen-Luppeneisen und Rohschienen 493,049 Centner, an Bessemerstahl-Gußblöcken 273,722 Centner, an Martinstahl-Gußblöcken 97,421 Centner.

Berliner Börse vom 10. Mai 1878.

Fonds- und Gold-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	96,00 bz
Consolidirte Anleihe.	4½	104,90 bz
do. do. 1876	4	95,80 bz
Staats-Anleihe	4	95,20 bzG
Staats-Schuldscheine	3½	92,25 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	136,00 B
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,20 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	101,40 G
Pommersche	3½	83,25 bz
do.	4	95,75 bz
do.	4½	102,30 bzG
do. Ldsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,75 bzG
Schlesische	3½	85,60 bz
Ldschaftl. Central	4	95,00 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	96,30 bz
Pommersche	4	95,60 bz
Posensche	4	95 60 G
Preussische	4	95 50 bzG
Westfäl. u. Rhein.	4	98,00 bz
Sächsische	4	96,25 G
Schlesische	4	96,60 bz
Badische Präm.-Anl.	4	119,00 G
Baierische 4% Anleihe	4	120,75 bz
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	111,40 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	72,90 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 241,75 bz
Badische 35 Fl.-Loose 135,50 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 80,90 bz
Oldenburger Loose 136,60 bz

Ducaten — —	Dollars 4,20 bzG
Sover. — —	Oest. Bkn. 166,70 bz
Napoleon 16,24 bzB	do. Silbergd. 176,50 bz
Imperials — —	Russ. Bkn. 201,25 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	107,70 G
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	94,90 bzG
do. do.	5	101,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	94,40 G
do. do. do.	5	100,20 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,20 G
Unkünd. do. (1872)	5	102,00 B
do. rückzb. à 110	5	106,90 B
do. do. do.	4½	98,70 G
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	101,00 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	100,00 bz
Hyp.-Anth. Nord-G.C-B	5	90,25 G
do. do. Pfandbr.	5	90,25 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	97,00 bz
do. do. II. Em.	5	91,10 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	107,90 bz
do. do. II. Em.	5	106,00 bzG
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	99,50 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	92,00 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	104,75 B
Oest. Silberpfandbr.	5½	— —
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	— —
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	98,50 G
do. do.	4½	93,25 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,80 G
do. do. 4½%	4½	98,30 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1.-1./7.	4⅕	54,10 bzB
do. 1./4.-1./10.)		54,20 bz
do. Goldrente	4	59,90 bz
do. Papierrente	4⅕	51,60 bzG
do. 54er Präm.-Anl.	4	95,25 G
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	102,75 bz
do. Credit-Loose	fr.	286,00 bzG
do. 64er Loose	fr.	244,75 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	143,70 bz
do. do. 1866	5	143,00 bzB
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	70,00 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	69,50 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	74,70 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	60,20 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	53,90 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	102,80 G
do. do. 1885	6	99,00 G
do. 5% Anleihe	5	101,75 G
Ital. neue 5% Anleihe	5	— —
Ital. Tabak-Oblig.	6	101,75 bz
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	69,00 bzG
Rumänische Anleihe.	8	— —
Türkische Anleihe.	5	8,50 bz
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	70,50 bz

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 35,75 B
Türken-Loose 26,00 bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	100 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	85,60 bz
do. do. VI.	4½	99,80 bz
do. Hess. Nordbahn.	5	103,70 bz
Berlin-Görlitz	5	101,90 bzG
do.	4½	89,50b C84,25-75bzG
Breslau-Freib. Lit. E F.	4½	— — D98,25 bzB
do. Lit. G.	4½	— —
do. do. J.	4½	93,10 G
do. do. K.	4½	93,10 bz
do. von 1876	5	101,25 G
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	93,30 B
do. Lit. B.	4½	99,75 G
do. IV.	4	94,20 bz
do. V.	4	91,80 G
Halle-Sorau-Guben	4½	101,00 bz
Hannover-Altenbeken.	4½	— —
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,60 bz
do. do. II. Ser.	4	95,50 B
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,50 B
do. do. III. Ser.	4	96 G
Oberschles. A.	4	93,75 B
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	93,25 G
do. E.	3½	85,20 bz
do. F.	4½	100,25 G
do. G.	4½	99,50 bzG
do. H.	4½	101,10 bzG
do. von 1869.	5	101,00 bzG
do. von 1873.	4	91,20 B
do. von 1874.	4½	99,25 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	94 G
do. do.	5	102,80 G
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	— —
do. do.	4½	99,70 bzB
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Chemnitz-Komotau	5	— —
Dux-Bodenbach.	5	61,50 G
do. II. Emission	5	54,00 G
Prag-Dux	fr.	18,50 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	85,25 bz
do. do. neue	5	84,00 bzG
Kaschau-Oderberg	5	59,60 bz
Ung. Nordostbahn	5	55,80 bzG
Ung. Ostbahn	5	52,25 bzB
Lemberg-Czernowitz.	5	66,80 bzB
do. do. II	5	64,90 bzG
do. do. III.	5	58,10 bzG
Mährische Grenzbahn.	5	50,50 bzG
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	19,00 bzG
do. II.	fr.	16,00 bzG
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	64,20 bzG
Oesterr.-Französische	3	328,50 bp. S. i. F.
do. do. II.	3	311,50 G "
do. südl. Staatsbahn.	3	234,10 bp. S. i. F.
do. neue	3	233,60 bz "
do. Obligationen	5	78,10 bzB
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	73,75 bzB
Warschau-Wien II.	5	94,00 B
do. III.	5	— —
do. IV.	5	81,75 bzG
do. V.	5	74,00 bzB

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	168,45 bz
do. do.	2 M.	3	167,65 bz
London 1 Lstr.	3 M.	3	20,265 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	2	81,15 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	5½	199,75 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	5½	200,90 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	166,25 bz
do. do.	2 M.	4½	165 25 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1876	1877	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	—	4	17,00 bz
Berg.-Märkische.	3¾	3⅓	4	79,50 bz
Berlin-Anhalt	6	5¾	4	86,00 bz
Berlin-Dresden	0	0	4	11,90 bzG
Berlin-Görlitz	0	0	4	13,50 bzG
Berlin-Hamburg.	11	11½	4	176,40 bz
Berl.-Potsd.-Magdb	3½	3½	4	71,60 bzG
Berlin-Stettin	8 9/10	—	4	107,10 bz
Böhm. Westbahn.	5	5	5	71,70 B
Breslau-Freib.	5	—	4	62,25 bz
Cöln-Minden	5¼	—	4	94,50 bz
Dux-Bodenbach. B	0	0	4	12,50 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	9	4	101,60 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	12,25 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	9,50 bz
Kaschau-Oderberg	4	—	5	41,50 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	—	5	46,30 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	179,30 bz
Märk.-Posener	0	0	4	17,50 bz
Magdeb.-Halberst.	8	—	4	107,75 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5	5	5	75,00 bzB
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96,50 bz
Oberschl. A.C.D.E.	9⅜	8½	3½	120,30 bzG
do. neue (50% Einz.)	—		5	— —
do. B.	9⅜	8½	3½	113,75 etbzG
Oesterr.-Fr. St.-B.	5 3/5	—	4	418,50-19
Oest. Nordwestb.	5	—	5	174,00 G
Oest. Südb. (Lomb.)	0	—	4	118,50 bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	45,60 bz
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	6⅓	4	98,40 bz
Reichenberg-Pard.	4½	—	4½	31,10 bzG
Rheinische	7½	—	4	104,60 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	94,25 bzG
Rhein-Nahe-Bahn.	0	0	4	7,60 bz
Rumän. Eisenbahn	1	—	4	27,80 bz
Schweiz Westbahn	8/5	—	4	13,20 G
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,00 etbzbz
Thüringer Lit. A.	9¼	7½	4	110,50 bzG
Warschau-Wien.	6⅔	5	4	148,00 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	0	0	5	34,50 bzG
Breslau-Warschau	0	—	5	21,50 G
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	35,90 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	22,00 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	18,60 etbzG
Märkisch-Posener	3¾	4¾	5	79,60 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	70,40 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	99,75 bz
Ostpr. Südbahn	5	5	5	88,50 bz
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	6⅓	5	108,00 G
Rumänier	8	8	8	72,90 bzG
Saal-Bahn	0	—	5	15,25 bz
Weimar-Gera	0	—	5	— —

Bank-Papiere.

Alg. Deut. Hand.-G	0	2	4	32 G
AngloDeutscheBk.	0	0	4	— —
Berl. Kassen-Ver.	10 7/12	8 4/15	4	139,00 G
Berl. Handels-Ges.	0	0	4	59,00 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	5½	6	4	81,00 B
Braunschw. Bank.	5	3	4	79,00 G
Bresl. Disc.-Bank.	4	3	4	57,75 bz
Bresl. Wechslerb.	5⅔	5⅓	4	68,00 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	79,10 G
Danziger Priv.-Bk.	7	0	4	103,00 B
Darmst. Creditbk.	6	6¾	4	105,75 etbzG
Darmst. Zettelbk.	5¼	5¾	4	97,60 bz
Deutsche Bank	6	6	4	90,75 bzG
do. Reichsbank	6⅛	6,29	4½	154,00 bzG
do. Hyp.-B. Berlin	8	7½	4	87,10 G
Disc.-Comm.-Anth.	4	5	4	113,25 bz
do. ult.	4	5	4	112,75-13,75
Genossensch.-Bnk.	5½	5½	4	86,75 G
do. junge	5½	5½	4	93,50 G
Goth. Grundcredb.	8	8	4	101,90 bz
Hamb. Vereins-B.	10	10 5/9	4	122,60 G
Hannov. Bank	5 14/15	6	4	101,75 G
Königsb. Ver.-Bnk.	5⅓	6	4	82,50 G
Lndw.-B. Kwilecki.	5⅓	—	4	54 G
Leipz. Cred.-Anst.	6	5⅔	4	103,20 G
Luxemburg. Bank	6	6½	4	97,25 G
Magdeburger do.	6	5 9/10	4	106,00 G
Meininger do.	2	2	4	74,00 bzB
Nordd. Bank	8	8½	4	131,25 G
Nordd. Grundcr.-B.	8	5	4	69,50 G
Oberlausitzer Bk.	[illegible]	3	4	57,00 G
Oest. Cred.-Actien	11¼	8⅛	4	354-61-59¾
Posener Prov.-Bank	6½	6½	4	102,90 bzB
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	94,20 bzB
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	115,75 bzG
Sächs. Bank	8	5¾	4	102,50 bzG
Schl. Bank-Verein	5	5	4	75,75 bz
Thüringer Bank.	0	—	4	75,95 bz
Weimar. Bank	0	0	4	37,50 bzG
Wiener Unionsbk.	11 1/14	3⅛	4	89 G

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	9,00 B
Berl. Bankverein	—	—	fr.	24 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	11,75 G
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	18,50 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	fr.	13 B
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	fr.	105,00 G
Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	53,80 G

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	560 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	3,75 bzG
do. Reichs-u. Co.-E.	0	0	4	68,40 B
Märk. Sch. Masch. G	0	0	4	12,00 bz
Nordd. Gummifab.	5	4	4	— —
Westend. Com.-G.	0	—	fr.	0,40 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12⅘	8	4	95,00 B
Schles. Feuervers.	18	25	4	835 B
Donnersmarkhütt.	3	—	4	20,00 B
Dortm. Union	0	—	4	6,60 G
Königs- u. Laurah.	2	—	4	72,25 bzG
Lauchhammer.	0	—	4	16,50 bzB
Marienhütte	5	—	4	44 G
OSchl. Eisenwerke	0	—	4	— —
Redenhütte.	0	—	4	— —
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	3,50 B
Schl. Zinkh.-Actien	7	—	4	84,25 G
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	90,50 G
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	29,00 G
Vorwärtshütte.	0		4	— —
Baltischer Lloyd	—	—	fr.	5 B
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	2⅔	—	4	44,00 G
do. ver. Oelfabr.	3½	—	4	46,75 B
Erdm. Spinnerei	0	0	4	12,75 G
Görlitz. Eisenb.-B.	1¾	—	4	46,75 G
Hoffm's Wag. Fabr.	0	0	4	— —
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	29,50 etbzG
Schl. Leinenind.	5½	—	4	— —
do. Porzellan	6	1½	4	34,00 G
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	32 B

Bank-Discont 4 pCt
Lombard-Zinsfuss 5 pCt

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(H. T. B.) **Paris**, 10. Mai, Abends. Boulevard-Verkehr. 3% Renten —, —, Neueste Anleihe de 1872 109, 57, Türken 1865 —, Staatsbahn —, —, Neue Egypter —, —, Banque ottomane —, —, Italiener 71, 75, Chemins égyptiens —, —, österr. Goldrente —, —, ungar. Goldrente —, Spanier —, neueste Russen de 1877 77, 93. Matt.

Frankfurt a. M., 10. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 405. Pariser Wechsel 81, 17. Wiener Wechsel 166, 60. Böhmische Westbahn 142¼. Elisabetbahn 139¾. Galizier 202¼. Franzosen*) 208¾. Lombarden*) 59⅛. Nordwestbahn —. Silberrente 54. Papierrente 51½. Goldrente 59⅞. Ungar. Goldrente 71. Italiener —. Russische Bodencredit 70. Russen 1872 77⅛. Neue russische Anleihe 76⅛. Amerikaner 1885 99⅛. 1860er Loose 102⅜. 1864er Loose 245, 00. Creditactien*) 178¾. Oesterr. Nationalbank 663, 00. Darmst. Bank 106⅛. Meininger Bank 74. Hessische Ludwigsbahn 74⅜. Ungarische Staatsloose 142, 00. do. Schatzanweisungen, alte, 99. do. Schatzanweisungen, neue, 91¼. do. Ostbahn-Obligationen 60⅜. Central-Pacific 102¼. Reichsbank 153½. Silbercoupon —. Rudolfsbahnactien —. Deutsche Reichsanleihe 96. — Günstig.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 179⅜, Franzosen 209⅛, Lombarden —, Galizier 202½, 1860er Loose —, ungarische Goldrente 59 13/16, neueste Russen 76⅜, Goldrente —.

*) per medio per ultimo. resp.

Hamburg, 10. Mai, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115 Silberrente 53¾, Goldrente 59⅞, Credit-Actien 178¾, 1860er Loose 103⅜, Franzosen 522½, Lombarden 149, Italien. Rente 70⅞ Neueste Russen 76, Vereinsbank 123, Laurahütte 71, Commerzbank 97, Norddeutsche 133½ Anglo-deutsche 29¾, Intern. Bank 70, Amerikaner de 1885 96⅛, Köln-Minden. St.-A. 94½, Rhein. Eisenb. do. 104½, Berg.-Märk. do. 70¼, Disconto 2¾ pCt. — Schluß abgeschwächt.

Silber in Barren pr. 500 Gr., fein Mk. 79, 25, Br.. 78, 25 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 29 Br., 20, 23 Gd., London kurz 20, 42 Br., 20, 34 Gd., Amsterdam 167, 20 Br., 166, 60 Gd., Wien 165, 00 Br., 163, 00 Gd., Paris 80, 75 Br., 80, 35 Gd., Petersburger Wechsel 201, 00 Br.. 195, 00 Gd.

Hamburg, 10. Mai, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine flau. Roggen loco und auf Termine flau. Weizen pr. Mai 222 Br., 221 Gd., per Juni-Juli per 1000 Kilo 217 Br., 216 Gd. Roggen per Mai 150 Br., 148 Gd., per Juni-Juli per 1000 Kilo 144 Br., 143 Gd. Hafer still. Gerste flau. Rüböl matt, loco 67½, pr. Mai per 200 Pfd. 67½. — Spiritus geschäftslos, per Mai 43¼, pr. Juni-Juli 43¾, per. Juli-August 45, per August-September pr. 1000 Liter 100% 46. Kaffee behauptet, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum fest, Standard white loco 10, 75 Br., 10, 60 Gd., pr. Mai 10, 60 Gd., pr. August-December 11, 60 Gd. — Wetter: Schön.

Liverpool, 10. Mai, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Stetig. Tagesimport 18,000 Ballen, davon 17,000 B. amerikanische.

Liverpool, 10. Mai, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Stetig. Futures 1/32 D. theurer.

Manchester, 10. Mai, Nachmittags. 12r Water Armitage 7½, 12r Water Taylor 7⅛, 20r Water Micholls 8⅜, 30r Water Gidlow 8⅞, 30r Water Clayton 9⅜, 40r Mule Mayoll 9⅛, 40r Medio Wilkinson 10½, 36r Warpcops Qualität Rowland 9⅝, 40r Double Weston 10¼, 60r Double Weston 12¾, Printers 16/16, 34/50, 8½ pfd. 90. — Preise anziehend.

Petersburg, 10. Mai, Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel London 3 Monate 23 27/32, do. Hamburg 3 Monate 202½, do. Amsterdam 3 M. 120, do. Paris 3 M. 248½, 1864er Prämien-Anleihe (gest.) 230, 1866er Prämien-Anleihe (gestplt.) 226, Russische Anleihe de 1873 121½, ½-Imperials 8, 32, Große russische Eisenbahn 224, Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 112½, Privatdisc. 4¾ %.

Petersburg, 10. Mai, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 64, 00. Weizen loco 15, 75. Roggen loco 9, 25. Hafer loco 5, 75. Hanf loco 43, 00. Leinsaat (9 Pud) loco 15, 75. — Wetter: Warm.

Pest, 10. Mai, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco und Termine still, per Herbst 10, 30 Gd., 10, 35 Br. — Hafer per Mai-Juni 6, 50 Gd., 6, 55 Br. Mais, Banat, per Mai-Juni 7, 10 Gd., 7, 15 Br. — Wetter: —.

Paris, 19. Mai, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Mai 32, 50, per Juni 32, 50, per Juli-August 32, 00, per Sept.-December 30, 00. Mehl behauptet, pr. Mai 68, 25, per Juni 68, 00, pr. Juli-August 67, 75, pr. September-December 64, 50. Rüböl weichend, per Mai 92, 55, per Juni 92, 25, per Juli-August 91, 00, per September-December 90, 00. Spiritus ruhig, per Mai 60, 00, per September-December 60, 00. — Wetter: —.

Paris, 10. Mai, Nachm. Rohzucker matt, Nr. 11/13 pr. Mai pr. 100 Klgr. 56, 00, Nr. 5 7/9 pr. Mai per 100 Kilogr. 62, 00. Weißer Zucker matt, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Mai 66, 00, per Juni 66, 00, pr. Juli-August 66, 00.

London, 10. Mai. Havannazucker 23.

Antwerpen, 10. Mai, Nachmittags 4 Uhr 30 M. [Getreidemarkt]. (Schlußbericht.) Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer still. Gerste angeboten.

Antwerpen, 10. Mai, Nachmittags 4 U. 30 M. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 26½ bez. u. Br., per Mai —, per Juni 26 bez., 26¼ Br., per September 28 Br., per September-December 28½ Br. Matt.

Bremen, 10. Mai, Nachm. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 10, 40, pr. Juni 10, 55, Juli 10, 75, pr. Septbr. 11, 10, per August-December 11, 40.

Leipzig, 10. Mai. [Das Erträgniß der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt] pro 1. Quartal stellt sich auf 534,918 Mark, gleich 1¾ pCt. oder 7 pCt. per Anno.

Berlin, 10. Mai. [Producten-Bericht.] Es war in der verflossenen Nacht wieder recht kalt, indessen ist die Temperatur im Laufe des Vormittags schnell gestiegen. Roggen wurde reichlich angeboten auf spätere Sichten und die nachgebenden Preise, zu welchen verkauft werden mußte, haben auch den Werth des laufenden Monat etwas benachtheiligt. Waare geht recht schwerfällig. — Roggenmehl etwas billiger verkauft. — Weizen war sehr flau, die Käufer sind eingeschüchtert und erst zu ansehnlich herabgesetzten Forderungen kam es zu einigem Umsatz. — Hafer loco vernachlässigt. Termine matt. — Rüböl wurde etwas mehr angeboten, der Umsatz ist zu etwas herabgesetzten Preisen ziemlich gut gewesen. — Petroleum still. — Spiritus etwas niedriger. Die Kauflust scheint sich einigermaßen erschöpft zu haben, sie entsprach heute den mäßigen Anerbietungen kaum.

Weizen loco 180—235 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber märkischer — Mark, weißer uckermärk. 220 M., geringer gelber galiz. 180 bis 191 M. ab Bahn bez., per Mai 219—218½ M. bez., per Mai-Juni 216½ bis 215—215½ M. bez., per Juni-Juli 217½—215½—216 M. bez., per Juli-August 211½—209—209½ M. bez., per September-October 208—206 bis 206½ M. bez. Gekündigt 2000 Centner. Kündigungspreis 216 Mark. — Roggen loco 130—155 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russ. 130—137 Mark bez., fein. russ. — M., defect. russ. 105—120 M., inländ. 140—151 Mark, defect. inländ. — M. ab Bahn und Kahn bez., per Mai 152—151½ M. bez., per Mai-Juni 146—146½ M. bez., per Juni-Juli 143½—142½ M. bez., per Juli-August 142½—141½ M. bez., per September-October 143½—142 M. bez. Gekünd. 32,000 Ctr. Kündigungspreis 151½ M. — Gerste loco 115—200 Mark nach Qualität gefordert. — Mais per 1000 Kilo loco alter — Mark nach Qualität bez., bessarab. — Mark, defecter bessarab. — Mark, amerikanischer — M. ab Wagen bez. — Hafer loco 100—165 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 125—138 Mark bez., russischer 110—138 Mark bez., pommerscher 130—138 M. bez., schlesischer 130—138 Mark bez., böhmischer 130—138 M. bez., feiner weißer russischer 143—147 M., galiz. 127½ M. ab Bahn bez., per Mai 137 Mark bez., per Mai-Juni 137 M. bez., per Juni-Juli 138 M. bez., per Juli-August 139½ Mark bez., per September-October 142 bis 141½ Mark bez. Gek. — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Erbsen: Kochwaare 156—195 Mark, Futterwaare 138—155 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 22,50—21,00 M. bez., Nr. 0 und 1: 20,00—18,00 M. bez. — Weizenmehl per 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 29,50—28,50 M., Nr. 0 und 1: 28,00—27,00 M. bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sack per Mai 19,65 M. bez., per Mai-Juni 19,65 M. bez., per Juni-Juli 19,80 M. bez., per Juli-August 20 Mark bez., per August-September — Mark bez., per September-October 20,05 Mark bez. Gekündigt 500 Centner. Kündigungspreis 19,65 M. — Oelsaaten: Raps 310—330 M. bez., Rübsen 310—325 M. bez. — Rüböl pro 100 Kilo loco ohne Faß 65 M. bez., mit Faß 66,3 M. bez., per Mai 64,7—65 M. bez., per Mai-Juni 64,4—64,6 Mark bez., per Juni-Juli 63,5—63,7 M. bez., per Juli-August — Mark bez., per September-October 62,3—62—62,2 Mark bez., per November-December — Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Leinöl loco 63 M. bez. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 24 M. bez., per Mai 23,6 Mark bez., per Mai-Juni — M. bez., per September-October 24,6 M. bez., per Octbr.-November 25,3 Mark bez., per Novbr. — M. bez., per December — Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark.

Spiritus loco „ohne Faß" 53,2 Mark bez., per Mai 53,1—52,9 Mark bez., per Mai-Juni 53,1—52,9 Mark bez., per Juni-Juli 53,5—53,1 bis 53,2 Mark bez., per Juli-August 54,6—54,1 M. bez., per August-September 55—54,7 M. bez., per September-October — M. bez. Gekündigt 10,000 Liter. Kündigungspreis 53 Mark.

Breslau, 11. Mai, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen sehr ruhig, bei stärkerem Angebot Preise unverändert.

Weizen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 19,00 bis 20,80—21,60 Mark, gelber 18,80—19,80 bis 20,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur feine Qualitäten preishaltend, pr. 100 Kilogr. 12,80—13,80 bis 14,20 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. neue 13,30—14,50 Mark, weiße 15,40—16,40 Mark.

Hafer in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. neuer 11,10—12,30—13,00 bis 13,50 Mark.

Mais gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 11,40—12,00—13,50 Mark.

Erbsen schwächer angeboten, pr. 100 Kilogr. 14,00—15,00—17,00 Mark.

Bohnen ohne Angebot, pr. 100 Kilogr. 19,00—19,50 bis 20,00 Mark.

Lupinen, nur feine Qualitäten verkäuflich, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,10 bis 10,30—11,00 Mark, blaue 8,80—9,80—10,30 Mark.

Wicken schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. 10,20—11—11,80 Mark.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	80	25	—	22	—
Winterraps	31	25	29	50	28	50
Winterrübsen	30	—	29	—	27	—
Sommerrübsen	28	25	26	50	25	—
Leindotter	24	50	23	50	21	50

Rapskuchen behauptet, pr. 50 Kilogr. 7,40—7,60 Mark.

Leinkuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 8,70—9,20 Mark.

Kleesamen nominell, rother pr. 50 Kilogr. 32—42—47—52 Mark, — weißer pr. 50 Kilogr. 40—48—57—65—70 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 15—19—20,50 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 31,00 — 32,00 Mark, Roggen fein 21,50—22,50 Mark, Hausbacken 20,00—21,00 Mark, Roggen-Futtermehl 9,50—10,25 Mark, Weizenkleie 8,25—9,00 Mark.

Heu 2,50—2,80 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 19,00—21,50 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Berlin, 9. Mai. [Versicherungsgesellschaften.] (Der Cours versteht sich in Mark per Stück franco Zinsen, die Dividendenangaben in Procenten des Baareinschusses.)

Name der Gesellschaft.	Div. pr. 1876.	Div. pr. 1877.	Appoints à	Einzahlung.	Cours.
Aachen-Münchener Feuer-Vers.-G.	75	70	1000 Thl	20%	8050 G.
Aachener Rückversich.-Ges.	45	45	400 "	"	1970 G.
Berl. Land- u. Wassertransp.-V.-G.	20	—	500 "	"	735 B.
Berl. Feuer-Versich.-Anstalt	28	30	1000 "	"	2300 B.
Berl. Hagel-Assecuranz-Ges.	22½	11⅔	1000 "	"	610 B.
Berl. Lebens-Versich.-Ges.	25	25⅚	1000 "	"	2550 G.
Colonia, Feuer-Versich.-G. zu Köln	55	—	1000 "	"	6310 G.
Concordia, Lebens-V.-G. zu Köln	16	16	1000 "	"	1940 G.
Deutsche Feuer-V.-G. zu Berlin	0	0	1000 "	"	515 G.
Deutscher Lloyd	8½	10	1000 "	"	700 G.
Deutsche Transport-Versich.-Ges.	12½	—	1000 "	"	500 bez.
Dresdener allg. Transport-V.-Ges.	50	50	1000 "	10%	1490 G.
Düsseldorfer allg. Transport-V.-G.	50	50	1000 "	"	1450 G.
Elberfelder Feuer-Versich.-Ges.	40	40	1000 "	20%	3600 G.
Fortuna, allg. V.-Act.-G. zu Berlin	12	—	1000 "	"	1080 B.
Germania, Lebens-V.-G. zu Stettin	12	13⅓	500 "	"	535 G.
Gladbacher Feuer-Versich.-Ges.	15	15	1000 "	"	1850 G.
Kölnische Hagel-Versich.-Ges.	15	6	500 "	"	292 G.
Kölnische Rückversich.-Ges.	12	—	500 "	"	430 G.
Leipziger Feuer-Versich.-Ges.	100	—	1000 "	"	8370 B.
Magdeburger Allg. Versich.-Ges.	5½	—	100 "	voll	280 B.
Magdeburger Feuer-Vers.-Ges.	19⅔	22⅙	1000 "	20%	1880 B.
Magdeburger Hagel-Versich.-Ges.	11½	7	500 "	"	220 G.
Magdeburger Lebens-Versich.-Ges.	5	—	500 "	"	225 B.
Magdeburger Rückversich.-Ges.	9⅚	9⅚	100 "	voll	424 G.
„Nationale", Lebens-Versich.-Ges. zu Berlin (6% Oblig.)	—	—	—		—
Niederrh. Güter-Assec.-G. zu Wesel	40	—	500 "	10%	775 G.
Nordstern, Lebens-V.-G. zu Berlin	9	9¾	1000 "	20%	1020 bz. B.
Oldenburger Versich.-Ges.	6	7	500 "	"	315 B.
Preuß. Hagel-Versich.-Ges.	17	5	500 "	"	280 G.
Preuß. Lebens-Versich.-Ges.	7	7	500 "	"	230 bez. B.
Preuß. National-V.-G. zu Stettin	24	20	400 "	25%	855 B.
Providentia, V.-G. zu Frankf. a. M	21	22⅙	1000 Fl.	10%	630 G.
Rheinisch-Westfälischer Lloyd	20	—	1000 Thl	"	620 G.
Rheinisch-Westfäl. Rückversich.-Ges.	16	—	500 "	"	205 G.
Sächsische Rückversich.-Ges.	40	50	500 "	5%	360 G.
Schlesische Feuer-Versich.-Ges.	18	25	500 "	20%	835 B.
Thuringia, Versich.-G. zu Erfurt	10	—	1000 "	"	1540 B.
Union, allg. deutsche Hagel-Versich.-Ges. in Weimar	15	10	500 "	"	312 G.
Victoria zu Berlin, Allgem. Vers.-Actien-Ges.	22	24	1000 "	"	1740 G.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Mai 10., 11.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Morgens 6 Uhr.
Luftwärme	+ 8°,6	+ 5°,3	+ 2°,9
Luftdruck bei 0°	333''',05	332''',94	333''',11
Dunstdruck	2''',88	2''',28	2''',06
Dunstsättigung	68 pCt.	71 pCt.	80 pCt.
Wind	NO. 1.	SO. 1.	O. 1.
Wetter	heiter.	heiter.	heiter.
Wärme der Oder			+ 9°,0

Breslau, 11. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 96 Cm. U.-P. — M. 42 Cm.

□ [Gieb's weiter!] Nr. 35 der Fortschritts-Tractätchen von Theodor Hofferichter ist ausschließlich dem Fall Kalthoff gewidmet, der zur Zeit mit Recht so viel Aufsehen erregt. Die Fortschritts-Tractätchen sind nur durch den Herausgeber selbst zu beziehen. Man kann auf jede beliebige Anzahl von Nummern abonniren; doch ist auch jede Nummer einzeln zu haben. Jede Nummer kostet 5 Pfennige.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.